

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Belegerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Belegerlohn. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon-Sammelnummer 72206 — **Postkontonummer Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72208

Insertenpreise: Die 10. Spalte, Kolonellzeile 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf., Stellenangebote 10 Spalte, Kolonellzeile 25 Pf., Familienanzeigen von Privaten die 10. Spalte, Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Restameisseite 2 M., Inserate v. ausw.: die 10. Spalte, Kolonellzeile 40 Pf., bei Platzvorkauf 50 Pf., Restameisseite 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Bruch zwischen London und Moskau.

Baldwins Erklärung im Unterhaus.

SPD, London, 24. Mai.

Unter gespanntester Aufmerksamkeit des Unterhauses und lebhaftem Beifall von Seiten seiner Anhänger gab Baldwin im Unterhaus seine Erklärung über den Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen London und Moskau bekannt.

Die Polizei hat, begann Baldwin, seit diesen Monaten in enger Zusammenarbeit mit den Militärbehörden die Tätigkeit einer Gruppe von Geheimagenten verfolgt, die es sich zur Aufgabe gesetzt hatten, streng vertrauliche Dokumente der britischen bewaffneten Macht in ihren Besitz zu bringen. Die Informationen haben zu dem Schluss geführt, daß diese Geheimagenten im Auftrag der Sowjetregierung arbeiteten und ihre Instruktionen von der Sowjet-Handelsdelegation erhielten. Baldwin ging hierauf des näheren auf die Vorgeschichte der Hausdurchsuchung im Sowjethaus ein. Er fuhr fort, Polizeioffiziere begaben sich sofort nach Beginn der Hausdurchsuchung in den photographischen Raum des Hauses. Dortselbst wurden gewisse Dokumente gefunden, welche zeigten, daß die Bureau der Arcos-Gesellschaft und der russischen Handelsdelegation ständig als ein Clearinghouse (Abrechnungsbüro) für subversive (umstürzlerische) Betätigung benutzt worden sind. Unter diesen Gegenständen, auf die sich die hier vorgefundene Korrespondenz bezog, befanden sich Korrespondenzen mit dem Sekretär des Klub, mit der Organisation „Hände weg von China“, Agitationsmaterial gegen das Gewerkschaftsgesetz, Verbreitung kommunistischer Propaganda und über industrielle Angelegenheiten Amerikas. Außerdem fanden sich Briefe, die über die kommunistische Agitation in den Vereinigten Staaten, Mexiko, Südamerika, Kanada, Neuseeland und Südafrika. Diese Dokumente bewiesen: 1. daß Militärspionage und subversive (umstürzlerische) Betätigung im ganzen britischen Reich und Nord- und Südamerika vom Londoner Sowjetbureau aus vorgenommen worden ist, 2. daß keinerlei wesentlicher Unterschied zwischen den Diensten und Beschäftigungen der Mitglieder der Handelsdelegation und den Angestellten der Arcos-Gesellschaft gemacht wurde, und daß die beiden Organisationen sich mit antibritischer Propaganda und Spionage befahlig haben.

Die Sowjetregierung kann sich der Verantwortlichkeit für diese Betätigung ihrer Handelsdelegation und des Mißbrauchs ihrer Privilegien nicht entziehen. Es wäre schwierig anzunehmen, daß ein russisches Regierungsorgan die feierlich geschlossene Verpflichtung bricht, während das andere in England befindliche Organ, die Sowjetbotschaft, hieran nicht beteiligt sei.

Baldwin wandte sich hierauf unter Hinweis auf die Propagandaaufsätze des Handelsvertrages der antibritischen Betätigung der russischen Mission in China zu. Der russische Geschäftsträger in London hat erklärt, daß Borodin in China lediglich als Privatperson handle. Die Regierung hat jedoch Beweise dafür, daß Borodin als offizieller russischer Agent in China diese Agitation betriebe und dieselbe ist auch nicht auf China beschränkt geblieben. Baldwin zitiert hierauf einige vom sowjetrussischen Geschäftsträger in London an das Vorkommisariat in Moskau gerichtete Telegramme, in denen der Geschäftsträger ausführliche Informationen für China zur Benutzung für die dortigen englischen Arbeiterorganisationen gibt.

Damit war Baldwins Material erschöpft. Er ging noch auf die Geschichte der anglo-russischen Beziehungen ein und fuhr fort: „Solche Art ständigen Mißbrauchs diplomatischer Beziehungen ist eine Gefährdung des Friedens.“

Die Regierung hat deshalb — vorausgesetzt, daß das Unterhaus am Donnerstag diesem Beschlusse seine Zustimmung gibt — beschlossen, das Handelsabkommen mit Sowjetrußland zu beenden, die Abberufung der Handelsdelegation und der Sowjetbotschaft aus London zu fordern und selbst ihrerseits die britische diplomatische Mission in Moskau zurückzuziehen.

Die Verwendung der Arcos-Gesellschaft für normale Handelsbeziehungen wird von diesen Beschlüssen nicht berührt und die Regierung ist bereit, alle Maßnahmen für gewöhnliche Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu treffen.

Nachdem Baldwin unter dem Beifall seiner Anhänger geendet hatte, stellte Claines im Namen der Arbeiterpartei eine Reihe von Fragen an die Regierung und forderte, daß die Regierung bis zur Debatte am Donnerstag ihr Material im Druck vorlegen sollte; eine Forderung, bezüglich deren Claines bei den Liberalen Unterstützung fand, für die Lloyd George sprach. Auf eine Frage des Eisenbahnerführers stellte Baldwin fest, daß er, Baldwin, naturgemäß dem Unterhause nicht alles ihm vorliegende Material in seiner Regierungserklärung unterbreitet hat, daß es jedoch im Zusammenhang mit den bisherigen Beziehungen zwischen London und Moskau genügen müsse, um die Handlungsweise der Regierung zu rechtfertigen.

Der erste und entscheidende Eindruck der Regierungserklärung im Lager der Arbeiterpartei ist, daß es Baldwin in seiner Rede gelungen ist, irgendwelches neue Material vorzubringen, das den Bruch der Beziehungen rechtfertigen würde. Der Daily Herald vom Mittwoch schließt seinen Leitartikel über den Bruch der Beziehungen zu Rußland mit folgenden Worten: „Die britische Regierung hat sich selbst zum Richter, Geschworenen und Staatsanwalt eingekleidet und ist zu ihrem Urteil gekommen, ohne dem Angeklagten die Möglichkeit der Verteidigung zu geben. Das Urteil ist das höchstmaßlose, beinahe eine Kriegserklärung, und die Strenge und Ungerechtigkeit des Urteils wird dadurch nicht gemildert, daß die Regierung eine scheinbare Konzession mit der Fortsetzung der gewöhnlichen Handelsbeziehungen macht. ... Baldwins Handlungsweise ist ein Schlag für die britische Wirtschaft, sie wird die britische Arbeitlosigkeit erhöhen und noch mehr die britische Unternehmerschaft bankrott machen. Das ist schlimm genug, schlimmer noch sind die Konsequenzen, die sich daraus für den Frieden der Welt ergeben.“

Baldwin hat in seiner Rede von der Fortsetzung der gewöhnlichen Handelsbeziehungen gesprochen. Wie der Korrespondent des Sozialistischen Pressedienstes von gut unterrichteter russischer Seite erzählt, kann von einer solchen Fortsetzung deshalb nicht die Rede sein, weil mit dem Verschwinden des Handelsvertrages die alten englischen Rußlandhändler in der Lage sein würden, alle russischen Waren, die nach England transportiert würden, beschlagnahmen zu lassen.

III Berlin, 25. Mai.

Nach einer Londoner Meldung des Lokalanzeigers wird auf der russischen Botschaft in London erklärt, daß sowohl das Botschaftsgebäude als auch das Arcos-Bureau geschlossen werden. Die Möbel der Botschaft bleiben zurück, während die diplomatischen Dokumente mit dem ganzen Stab der Botschaft und der Arcos nach Moskau gehen. Die Arcos-Bureau sollen aufgelöst werden.

Hände weg von Sowjet-Rußland! Der Weltfrieden in Gefahr.

Von Hugo Saupe.

„Die Internationale erklärt es neuerlich mit größtem Nachdruck als Pflicht aller sozialistischen Parteien, insbesondere aber der sozialistischen Parteien der großen Weltmächte und der Randstaaten, jede gegen die Sowjetunion gerichtete aggressive Politik zu bekämpfen.“

Beschluß der SWJ auf dem Kongress zu Marseille. Das englische Kabinett hat beschlossen, das Handelsabkommen mit Sowjetrußland zu beenden und die englische Ministerpräsident verlangt die Abberufung der Handelsdelegation und der Sowjetbotschaft aus der Hauptstadt Großbritanniens. Noch nie war seit 1918 der Weltfrieden so in Gefahr. Das brutale Vorgehen der britischen Konservativen ist ein Faustschlag in das Gesicht aller Friedensfreunde.

Wenn der Streich des englischen Innenministers gegen die Arcogesellschaft in London, gegen eine offizielle Staatseinrichtung irgendeines anderen Landes gerichtet gewesen wäre, dann hätten wir heute den Krieg. Und die Durchscheidung des Arcoshauses war nur das letzte Glied in einer Kette, die mit der Durchscheidung der Nebengebäude zur sowjetrussischen Botschaft begann und die ihren Fortgang folgerichtig in Schanghai und Peking fand. Die russische Regierung hat diese in der Geschichte fast beispiellosen Maßnahmen hingenommen, ohne die Antwort zu erteilen, die von jedem anderen kapitalistischen Staate ohne Zweifel gekommen wäre.

Wir wissen, daß die sowjetrussische Regierung durch die Agenten der Komintern mancherlei Schuld auf sich lud. Nicht zum wenigsten indem sie die Arbeiterbewegung aller Länder zerfargen hat. Wir stehen auch nicht an, manche der sonst angewandten diplomatischen Methoden Sowjetrußlands als den Bestrebungen des Proletariats abträglich zu erklären. Wo aber ist der kapitalistische Staat in der Welt, der nicht versucht, mit allen Mitteln seine Herrschaft aufrechtzuerhalten? Der nicht danach strebt, alle Methoden in den Dienst seiner imperialistischen Politik zu stellen? Will etwa das englische Kabinett behaupten, daß es zu den gegenrevolutionären Bewegungen in China keinerlei Beziehungen hat? Daß England den anderen Staaten immer die Loyalität erwiesen hätte, die es gegenüber der russischen Regierung als selbstverständliche Voraussetzung der beiderseitigen Beziehungen konstituiert?

Der englisch-russische Gegenstand „überschattet“, um mit dem Genossen Breitscheid zu reden, seit Jahren die gesamte Weltpolitik, und die englische Regierung ist unter Führung von Chamberlain seit langen an der Arbeit, eine Einheitsfront gegen den Sowjetstaat zustande zu bringen. Gewiß mag Chamberlain der Auffassung sein, daß er sich in China als „objektiv bedroht“ fühlen konnte. Was aber will das besagen gegen die Mittel, die während des letzten Jahres zur Anwendung gelangte, um dem gefährlichsten Gegner Englands, Sowjetrußland, politisch, diplomatisch und auch wirtschaftlich schachtmatt zu setzen? Wir erinnern an die Beziehungen zwischen England und Italien, die die Ratifikation des besarabischen Vertrages durch Rumänien im Gefolge hatte. Wer erinnert sich nicht der Treibereien Sowjetrußlands in den baltischen Staaten, und will jemand behaupten, daß die Einfälle Englands in Polen nur darauf gerichtet waren, den Gegensatz zu Rußland auszugleichen? In Genf sahen die Vertreter des Sowjetstaates mit den Abgesandten des englischen Kabinetts am gleichen Tische, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Westeuropa und den Vereinigten Staaten enger zu knüpfen. In der gleichen Zeit aber wurde der Vorstoß gegen die offizielle Handelsvertretung Rußlands in London geführt.

Das englische Kabinett kannte die Verhandlungen, die Sowjetrußland mit den Vereinigten Staaten führt. Es wußte, daß zwischen der russischen Regierung und der amerikanischen Finanzaristokratie immer engere Beziehungen gesponnen wurden. Chamberlain beobachtete die französisch-russischen Verhandlungen über die Regelung der Schuldenfrage mit gespanntester Aufmerksamkeit. Um alle diese Anknüpfungen Sowjetrußlands mit den übrigen Großstaaten der Welt illusorisch zu machen, deswegen der Vorstoß gegen die wirtschaftliche und politische Existenz des verhassten Rivalen Englands, des Gegners in all seinen asiatischen Herrschaftssphären.

Wer will heute behaupten, daß die Zusammenkunft zwischen Doumergue, Briand und den englischen Regierungsstellen während der letzten Tage nicht gleichermahen der Einheitsfront gegen Sowjetrußland diene? Der Ausgang der gestrigen Unterredung zwischen Briand und Tischitscherin ist deutlich genug. Wenngleich auch darüber umfangreichere Darstellungen nicht vorhanden sind, so bestätigt schon die Festigkeit des offiziellen Kommuniqués, daß mit einem baldigen Abschluß der seit langem geführten Verhandlungen zwischen Frankreich

Der Bericht der Reichstagsfraktion.

Die heutigen Verhandlungen des Parteitag.

SPD Kiel, 25. Mai. (Radio.)

Der Parteitag begann heute vormittag um 1/2 Uhr. Er nahm sofort das Referat von Robert Schmidt über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion entgegen. In großen Zügen zeichnete Gen. Robert Schmidt den Kampf, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen den Bürgerblock, die Bürgerblockpolitik und seine sozialreaktionäre Politik geführt hat, sowohl gegen den Block unter Kuhfers Führung wie gegen die Blockregierung Marx-Schieleberg. Wirtschaftlich hat sich in diesem Zeitraum eine gewaltige Konzentration der Kapitalismacht vollzogen, eine Anhäufung wirtschaftlicher Macht, die starken politischen Einfluß erobert hat und sich keinerlei Sorge nach der sozialpolitischen Seite hin macht. Demgegenüber hat die Sozialdemokratie es als ihre Aufgabe betrachtet, die Interessen der Arbeiterschaft mit aller Schärfe zu vertreten. Sie hat auf weitgehende Fürsorge für die Arbeitslosen gedrängt und darauf, daß mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge möglichst viel Arbeitslose wieder an die Arbeit gebracht werden. Im Kampf gegen das reaktionäre Arbeitszeitgesetz ist es ihr nicht gelungen, sich durchzusetzen. In den Fragen der Sozialversicherung hat sie beachtliche Erfolge zu verzeichnen. Die Entscheidung im Kampf gegen den Ansturm der Schutzpolizei und der Inter-

essenten, die den Mietern zu beseitigen wollen, steht bevor. Genosse Robert Schmidt schloß mit einer Kennzeichnung der zweideutigen Stellung der Deutschnationalen und einem starken Aufruf zum Kampf gegen den Bürgerblock.

Endergebnis der mecklenburgischen Wahlen.

Das endgültige Wahlergebnis der Mecklenburg-Schwerinschen Landtagswahlen liegt heute vor. Es zeigt gegenüber dem vorläufigen Gesamtergebnis nur geringe Veränderungen. Der noch gestern strittige 50. Landtagssitz ist der Wirtschaftspartei zugefallen und die erhöhte Wahlbeteiligung hat einen 51. Sitz notwendig gemacht, der den Kommunisten zugefallen ist. — Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 21 Sitze, Deutschnationale 11, Deutsche Volkspartei 4, Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung 3, Kommunisten 3, Wirtschaftspartei 6, Demokraten 1, Gruppe für Volkswohlfahrt 2, Nationalsozialisten 0 Sitze.

Deutschnationale Beschwerde gegen Dr. Wirth.

SPD Berlin, 25. Mai. (Radio.)

Die Deutschnationalen sollen nach ihrem Vorstoß gegen Höfing nunmehr auch bei der Parteiführung des Zentrums gegen Dr. Wirth Beschwerde erhoben haben. Angeblich soll die Parteiführung dem deutschnationalen Verlangen entprochen haben, gegen Wirth geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

und Russland, trotz der Nachgiebigkeit Tschitscherins, nicht mehr zu rechnen ist.

Die Hausungung in der Arcogesellschaft richtete sich gegen die Treibereien der Sowjetagenten. Man erhebt ein gewaltiges Geschrei um die bolschewistische Kampfbahn und meint das russische Wirtschaftslieben. Das im Foreign Office vermißte Dokument ist trotz aller Sprengungen nicht gefunden worden. Nichtsdestoweniger wartete Baldwin mit zahlreichen Dokumenten auf, über deren Authentizität die Mitwelt niemals richten kann. Aber den englischen Konservativen, die ihre Agenten ebenso im Bereiche aller Regierungen haben, ist jedes Mittel recht, um die Existenzgrundlagen des von den unteren Gesellschaftsklassen beeinflussten Russlands zu vernichten.

Das ist der tiefere Sinn all jener Aktionen, die während der letzten Wochen, von Peking bis zur Arco-Affäre, systematisch durchgeführt worden sind.

Die britische Regierung rechnet mit der Aktionsunfähigkeit des Sowjetstaates. Der frühere Kommunist Rosenberg hatte bereits in seinem Briefe auf die Ursachen hingewiesen. Sowjetrußland hat, infolge des Widerspruchs in den Handlungen der offiziellen Regierungskreise und denen der Komintern, in China eine schwere Niederlage erlitten. In Moskau kämpfen die führenden Haupter mit allen Mitteln um ihre Existenz. Nadel wurde vom Rektorat der chinesischen Universität abberufen. Gegen Sinowjew wurde das Ausschlußverfahren eingeleitet. Noch nie war die Zerküftung in den kommunistischen Kreisen Russlands, wie auch in denen der andern Länder, so groß, wie in diesen Zeiten. Darum hoffte das englische Kabinett nach einigen Widerständen, die Chamberlain geleistet haben mag, gerade zur jetzigen Stunde aus, um der Sowjetstaat den entscheidenden Dolchstoß in den Rücken zu versetzen. So scheitert Sowjetrußland an den Methoden der persönlichen Autokratie einiger weniger Führer. Wenn wir den Ruf des Mahnruf Otto Bauers im Verlaufe seiner demütigenden Rede in der Schlussführung von Marjelle in alle Lande hinausstreuen müssen, wenn wir heute mit Otto Bauer rufen: Hände weg von Sowjetrußland!, dann hat die gesamte Arbeiterbewegung der Welt, mehr denn je, die Pflicht, darauf hinzuwirken, daß mit den Herrschaftsmethoden der persönlichen Diktatur in Sowjetrußland geendet werde. Auch Sowjetrußland braucht die Kontrolle der Demokratie, die Korrektur der autokratischen Politik weniger Führer durch die breiten Massen des arbeitenden Volkes.

Wie dem aber sei. Im Angesicht der Beschlüsse des britischen Kabinetts treten diese Fragen weit in den Hintergrund.

Das erste Wort, das wir zu sprechen hatten, das vor alles andere gestellt werden mußte angesichts der Weltlage, das ist, daß jede feindselige Politik der Regierungen gegen die Sowjetunion bei uns auf den hartnäckigsten, unerbittlichsten Widerstand stoßen muß.

Das waren die Richtlinien Otto Bauers auf dem Marjeller Kongress, die zunächst unter gespanntester Aufmerksamkeit aufgenommen, und dann mit stürmischem Beifall der gesamten sozialistischen Internationale unterstrichen wurden.

Hier ist Rhodus, hier Springel! Jetzt ist der Augenblick gegeben, wo unter Führung der britischen Arbeiterklasse das Proletariat aller Länder aufzutreten hat, um den von Baldwin geplanten Schlag gegen die Grundlagen des Sowjetstaates zu parieren. Und schon jetzt ergibt sich die völlige Direktionslosigkeit der deutschen Außenpolitik. Noch in seiner letzten Rede, die Stresemann bei der zweiten Lesung seines Staats im Reichstag hielt, stellte er fest, daß die Grundlagen der deutschen Politik bestimmt würden durch das Abkommen von Locarno einerseits und dem Berliner Vertrag. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland haben einen fühlbaren Rückschlag erlitten. Was in London beschlossen wurde, steht nicht positiv fest. Soviel aber ist mit aller Sicherheit anzunehmen, daß die Entente zwischen Frankreich und England fester geknüpft worden ist. Mehr und mehr koalisiert sich unter der Führung Englands die gesamte kapitalistische Welt, um mit dem Schreckgespenst des Bolschewismus den gefährlichsten Gegner Englands in Asien niederzurängen. Das englische Kabinett rüstet zu den neuen Wahlen, und der Kampf gegen Russland dient gleichermaßen auch der britischen Innenpolitik. Erst in diesem Zusammenhange gewinnt das Gewerkschaftsgesetz, das jede große politische Bewegung unterbinden will, seine eigentliche Bedeutung.

Die großen weltpolitischen Fronten marschieren gegeneinander auf. Nie war der Friede so gefährdet als in diesen Tagen. Und Stresemann, das Wellkind, sitzt in der Mitte.

Marx über die Zentrumspolitik.

III Bonn, 24. Mai.

Reichstagsler Dr. Marx hielt im Bonner Bürgerverein vor der Zentrumspartei eine Rede, die auch große politische Bedeutung zukommt. Für das Zentrum, so führte er aus, gibt es kein links oder rechts, für uns gibt es nur die Linie des Zentrums. Es ist nicht unsere Schuld, daß die Sozialdemokraten heute außerhalb der Regierung stehen. Ich selbst bin den sozialdemokratischen Wünschen bezüglich der Herzerreform weiter entgegengekommen, als die Sozialdemokraten es erwarteten. Trotzdem hat diese Partei am 18. Dezember v. J. den Mut gehabt, das Kabinett zu stürzen. Wir haben dann versucht, mit der Rechten die Politik zu machen, die wir für richtig hielten. Manche zweifelten, daß dies möglich sein könnte. Seit mehreren Monaten ist es möglich und niemand wird uns heute auf einen Punkt hinweisen können, der ein Verlassen unserer alten Zentrumsgrundzüge bedeutet. Ich habe die feste Überzeugung, daß wir in der heutigen Regierungskoalition ein gutes Stück weitergekommen sind auf dem Wege unserer Politik. Die Verlängerung des Republikanengesetzes ist der beste Beweis für die fortschreitende Einsicht auf Seiten der Rechten in den großen Fragen des Volkstaates. Daß die Rechtspolitik so fortgesetzt wird, wie es seit der Regierungsbildung beabsichtigt war, dafür bürgte ich mit meiner Person. An dem Tage, an dem im Kabinett etwas geschieht, was gegen den Volkstaat oder die kulturellen Grundzüge des Zentrums gerichtet ist, erfolgt mein Gang zum Reichspräsidenten mit dem Gesuch um Entlassung aus meinem Amte. Wir sehen auch bei den kommenden Wahlen unsere Politik fort und sie hat sich als die segensreichste Volkspolitik und als der einzige Weg zur Wiederherstellung unseres Vaterlands erwiesen.

Heute morgen traf der Reichstagsler zur Besichtigung der internationalen Automobilausstellung in Köln ein.

Die Wehrwölfe wollen ins Gemeindeparlament

In Köthen hat der Gau Anhalt des Wehrwolf getagt und hat nach dem Bericht des demokratischen Zeitungsdienstes einstimmig folgende Entschlüsse angenommen: Nach Anordnung der Bundesleitung des Wehrwolf tritt der Gau Anhalt bei den kommenden Gemeindevorwahlen mit einer eignen Liste, die Wehrwolf hervor. Na denn man tau! Es kann bestimmt gar nichts schaden, wenn in die Gemeinderäte etwas militärischer Drill kommt. Was hat das überhaupt für Zweck, daß jeder reden darf. Einer kommandiert, und die andern haben stramm zu stehen. Welche Ausnahmen, wenn wir auch Wehrwolf-Bürgermeister haben! Etwa so: Achtung! Der Etat liegt euch vor. Beanstandungen werden nicht gebudet. Der Etat ist einstimmig angenommen. Schluß der Sitzung. Recht marsch!

Wels der „Sanftmütige“.

Stürmische Szenen in Kiel.

Kiel, 25. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

E. F. Am Dienstag wurde auf dem Parteitage die Debatte über den Vorstandsbericht fortgesetzt und zu Ende geführt. Der Vormittag gehörte der Opposition, deren Redner in zum Teil sehr geschickter Weise sich insbesondere kritisch mit dem Vorstandsbericht und den Darlegungen des Genossen Braun auseinandersetzen und eine Reihe Anträge der Organisationen begründeten. Zeitweilig gingen die Wogen des Meinungskampfes sehr hoch, und es gab Augenblicke, die geradezu dramatisch waren.

Zum ersten Male seit elf Jahren, wie Genosse Stampfer feststellte, der die Haltung des Zentralorgans der Partei verteidigte, gab es wieder auf dem Parteitage eine Vorwärtsdebatte. Daß diese solange ausblieb, ist sicher nicht das Verdienst der Redaktionsführung des Vorwärts. Man hat eben seit Jahren es als hoffnungslos aufgegeben, daß Parteitagskritik an dem Zentralorgan der Partei zum Erfolg führen könnte. Daß dieser Fatalismus eine gewisse Berechtigung hat, bestätigte Stampfer, der betonte, daß er immer den Grund lag vertreten habe, daß das Zentralorgan nichts anderes sein könne als die publizistische Vertretung der Politik der Partei. In welcher Weise dies geschieht, ist gerade der Anlaß der Kritik und Unzufriedenheit über die Schreibweise des Vorwärts. Stampfer hielt es für notwendig, die Leipziger Volkszeitung anzugreifen, weil sie einen zweiten polemischen Artikel von Schiff zur Frage der Preußenkoalition nicht gebracht habe, nachdem sie vorher einen Artikel von Schiff veröffentlicht habe. Vom Genossen Liebmann wurde in einer persönlichen Erklärung festgestellt, daß der zweite Artikel Schiffs abgelehnt wurde, weil er auf die Sache so gut wie nicht einging und weil inzwischen ein Artikel von Heimann zu dem gleichen Problem abgedruckt worden war.

Nun folgte im Rahmen einer persönlichen Bemerkung, die von Rosenfeld am Montag bereits angekündigt worden war, die Antwort auf die Darstellung, die Otto Braun über das Verhalten Rosenfelds als preußischer Justizminister zum Hohenzollernvermögen gegeben hat. Unter der größten Aufmerksamkeit des gesamten Parteitages wies Rosenfeld aus den Akten des preußischen Ministerpräsidenten und des Justizministers nach, daß die erste Verfügung über die Beschlagnahme des Hohenzollernvermögens ergangen ist, als Rosenfeld noch nicht Minister war. Rosenfeld habe dann als Justizminister im preußischen Kabinett, das sich aus drei Unabhängigen und drei Rechtssozialisten zusammensetzte, die Enteignung der Hohenzollern beantragt, was jedoch von den drei rechtssozialistischen Ministern abgelehnt wurde. Durch einen Zwischenruf bestätigte Adolf Hoffmann die Richtigkeit der Rosenfeldschen Darstellung. Erst als Rosenfeld die Enteignung habe nicht durchsetzen können, erfolgte die Beschlagnahmeverfügung. Diesen offenkundigen Nachweis konnte Braun in seiner Replik nicht erschüttern. Er habe sich nicht vorbereitet und stütze sich nur auf sein Gedächtnis. Er bestritt, daß ein Enteignungsantrag im Kabinett gestellt worden ist. Auch habe Adolf Hoffmann an vielen Kabinettsitzungen wegen Krankheit nicht teilnehmen können. Die damalige SPD habe den Hohenzollern 10 Millionen geben wollen, was aber die USPD nicht zugegeben habe. Damit gibt Braun selbst zu, daß die Rechtssozialisten nicht für die Enteignung waren. Dieses ungewollte Zugeständnis wurde noch durch den Genossen Adolf Hoffmann stark unterstrichen. Er bestätigte, daß Rosenfeld einen Enteignungsantrag im Kabinett gestellt hat. Es wäre für Genossen Braun und die Partei besser gewesen, wenn er am Montag nicht so kühn in seinen Behauptungen gewesen wäre.

Ein ganz ungewöhnlicher Vorgang war es, als der Vorsitzende des Parteitages dem Genossen Krenner, Wien, nach Schluß der Aussprache über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes das Wort erteilte. Wir begrüßen es,

Wilhelm und Lindbergh.



Wilhelm: „Der Hergt hat mich total irregeführt: die Amerikaner können doch fliegen — nur ich kann nicht kommen!“

wenn ausländische Genossen zu unseren Tagungen uns mit ihrem Besuch beehren und zu uns sprechen. Aber die Möglichkeit kann doch nicht so weit gehen, daß ihnen nach Schluß einer Parteitagssitzung das Wort gegeben wird, um ihre Ausführungen schließlich als Stütze gegen die Opposition zu verwenden. Bei dem Ansehen, das die österreichischen Genossen in Deutschland genießen, hätte man erwarten können, daß ihr Beauftragter zu dieser Rolle sich nicht mißbrauchen lassen würde, die er mit dieser improvisierten Vorstandsverteidigungsrede übernommen hat.

Die Nachmittagsitzung begann mit dem Schlußwort zum Geschäftsbericht. Genosse Ludwig stellte gegenüber dem Genossen Frenzel richtig, daß nach Ludwigs Ausführungen die Redewendung von Genossen, die die Sicherheit in der Sozialdemokratischen Partei der Unsicherheit in der Kauffmehrpertei vorziehen, nicht auf die Partei gemünzt war, sondern die Zugehörigkeit von Kommunisten zur Unterstützungskasse betrafte.

War der Genosse Wels schon in seinem Referat sehr angriffsstark und provozierend, so dies noch viel mehr in seinem Schlußwort, in dem er glaubte, gegen andersdenkende Parteigenossen sich alles leisten zu können. Unter Zustimmung Wels und mit Hochdruck auf die Sentimentalität bearbeitete Wels den Parteitag etwa nach dem Ton: „Wels ist der „Sanftmütige“, die Opposition aber sind die ungezogenen Kinder.“

Niemand kann mehr geben, als er hat. Und wenn der Parteivorstande in seinem Schlußwort, statt sich mit der Opposition geistig auseinanderzusetzen, mit Berliner Oberflächlichkeit operierte, so wird das wohl seine innere Bewandnis haben. Aber soviel man auch von Wels in dieser Beziehung gewöhnt ist, so wenig ist zu entschuldigen, daß er künstlich die Entrüstung eines großen Teiles der Parteitagebelegten gegen das Wicauer Volksblatt hochpeitschte. Das Wicauer Volksblatt hatte den von der Leipziger Volkszeitung am 21. Mai abgedruckten SPD-Bericht über den Empfang des Parteivorstandes und des Parteausschusses in Kiel mit folgender Einleitung abgedruckt:

„Der SPD funkt folgenden „überschwenglichen“ Bericht.“ Man mag darüber streiten, ob das Wort „überschwenglich“ aus der Bemerkung nicht besser herausgehoben wäre. Uns scheint der Streit bedeutungslos. Daß aber Wels die Einleitung benutzte, um eine Szene aufzuführen, die er mit einem „Wu Teufel“ endete, wobei er das Parteiblatt verächtlich in den Saal warf, das ist ein Vorgang, den sich wohl kaum je ein Parteivorstand geleistet hat. Das sei mit tiefer Beschämung festgestellt.

Nach der Abstimmung über die zahlreichen Anträge zum Bericht des Parteivorstandes erhielt Genosse Dr. Baade zu seinem Referat über das Agrarprogramm das Wort. Nach ihm referierte Genosse Krieger, Lübeck, über das gleiche Thema. Von einer Aussprache wird zunächst abgesehen und das Agrarprogramm mit den vorliegenden Anträgen zur nachmaligen Beratung an die Agrarkommission überwiesen, in die noch Genosse Krenner, Leipzig, gewählt wird. Die Kommission wird dem Parteitag Bericht erstatten, und dann wird die Entscheidung über das Agrarprogramm fallen.

Tschitscherin bei Poincaré und Briand.

Paris, 24. Mai.

Der russische Außenminister Tschitscherin ist heute in Begleitung des russischen Botschafters Katowski zum Ministerpräsidenten Poincaré empfangen worden. Der Botschafter zufolge handelt es sich hierbei um einen reinen Höflichkeitbesuch. Dasselbe scheint aber nicht bei dem anschließenden Besuch bei dem Außenminister Briand der Fall zu sein, mit dem sich Tschitscherin in Begleitung von Katowski beinahe eine Stunde unterhielt.

Beim Verlassen des Elysees haben weder Tschitscherin noch Katowski der Presse Erklärungen abgegeben. Trotzdem erhält sich die Auffassung, daß der Besuch bei Briand lediglich den Zweck hatte, die fernere Bestätigung der Ansicht Frankreichs an England hinsichtlich dessen antirussischer Politik zu verhindern. Der Temps behauptet in der Tat, daß Tschitscherin heute bereit sei, Frankreich indirekt „Konjitionen“ zu machen. Diese scheinen aber ziemlich aussichtslos zu bleiben, denn das Blatt führt aus, es sei zwar natürlich, daß Tschitscherin in dem Augenblick, in dem ein Bruch zwischen London und Moskau drohe, wegen der fortgesetzten Schlappe, die seine Außenpolitik erleide, beunruhigt sei. Solange aber die Sowjets die russischen Kriegsschulden Frankreich gegenüber nicht anerkennen, wäre keinerlei Einigung zwischen den beiden Staaten möglich und ein praktischer Abschluß der gegenwärtig schwebenden Verhandlungen könne nicht ins Auge gefaßt werden. Dieselben Schwierigkeiten bestehen, solange die Sowjets auf den politischen Prinzipien verharren, auf denen ihr Staatswesen beruht und die ein Zusammenleben mit dem normalen Regime der zivilisierten Welt ausschließen.

Der diplomatische Redakteur der amtlichen Agentur Hapas glaubt mitteilen zu können, daß aus den Unterredungen, die Volkskommissar Tschitscherin mit Ministerpräsident Poincaré und dem Minister des Äußeren Briand gehabt hat, denen er heute vormittag Besuche abstattete, sich ergibt, daß die französische Regierung bis jetzt keine Veranlassung habe, eine Änderung der offiziellen Beziehungen zwischen Frankreich und Russland ins Auge zu fassen und daß sie eine derartige Initiative nur ergreifen könne, wenn neue Umstände es ihr aufzwingen.

Die französische Militärreform.

Paris, 25. Mai.

Die Kammer wandte sich gestern nachmittags der weiteren Beratung des Gesetzesentwurfs zur allgemeinen Organisation des Heeres zu. Berichterstatter Doullouy-Raffon erklärte, daß die verschiedenen Forderungen auf Umgruppierung der Truppen, Schaffung von Mobilisationszentren, Unteroffiziersschulen, Vermehrung der Zahl der Kapitulanten, militärischer Agenten und Hilfsmittel, sowie Erhöhung des Soldes, im ganzen 817 Millionen ständiger jährlicher Ausgaben zur Folge haben. Die Verfürgung der Milliardensumme auf ein Jahr würde die finanziellen Lasten erschweren. Die Nation würde aber immer zur Verteidigung des Landes die notwendigen Ausgaben bewilligen. Der Radikalfolklatt Daladier (vom linken Flügel der Partei, Red.) sprach sich für die einjährige Dienstzeit aus, die auch ohne die Vermehrung der Kapitulanten möglich sei, wie ja General von Seeckt mit weniger Elementen als Frankreich einen starken Organismus habe schaffen können. Er lehnte den Regierungsentwurf ab und setzte sich für seinen eignen ein. Kriegsminister Painlevé wandte sich gegen den Entwurf Daladiers, der nicht die Sicherheit Frankreichs garantieren könne. Painlevé erklärte u. a., es sei unmöglich, daß ein ebenso heftiger Angriff gegen Frankreich wie im Jahre 1914 geführt werde, da der Feind, gemeint ist Deutschland, nicht über die gleichen Reserven wie damals verfüge. Daladier erklärte einen Angriff als unvorstellbar wegen der Schwierigkeiten, die der Völkerverbund einem solchen in den Weg legen würde. Die Fortsetzung der Aussprache wurde danach auf Freitag vertagt.

Schuh-Reparaturen
Bähr sofort
 L. Lindenu, Gundorfer
 Straße, Ecke Spittastraße
 Plagwitz, Jehnstraße 42
 Jede Reparatur

Beachte auch ohne Anzahlung

Kaufen Sie
 von uns gegen
TEILZAHLUNG
 1-3 Mk. oder 4-5 Mk.
 wöchentlich • monatlich

• Kinderwagen •
 • Promenadenwagen
 • Sport- u. Klappwagen
 • Korbmöbel aller Art
 • Weiße Möbel

Ritter & Co.
 Reichsstr. 81
 G. m. b. H.
 Kredit auch nach auswärtig

Damen- und Herrenräder

besten Marken in
 großer Auswahl
**mit 5 Jahre
 Garantie**
 auf Rahmenbruch!



Anzahlung **10 Mk.**
 Abzahlung **3 Mk.**
 wöchentlich
 Angestellte zahlen
 monatlich!

Fahrradhaus Preisser, Kohlgartenstraße 29
 Eckladen - Eingang Ecke

Harnröhren- + Damen-Frisiersalon

Blassenleiden, Ausfluss, bestbewährt
 ausprobiert. **„Coba verstärkt“**
 Arztl. empf. **Adler-Apotheke, Hainstr. 9**

Burgstraße 22/24, Etagegeschäft,
 Telefon 0.80-4, mit Kopfmäße 1.50
 Manicure, elektr. Kopf- u. Gesichtsmassage.

Rein wie die Sonne selbst
 ist Sunlicht Seife. Sie schont die
 Wäsche:

Im neuen großen Sunlicht Wür-
 fel bieten wir Ihnen Altbewährtes
 in neuer handlicher Form.

Preis 35 Pf.




Gewerkschaftshaus Rötha
 (Am Wasserturm)

Ausflügler besucht das neuerbaute Arbeiterheim in
 Rötha, großer und kleiner neuzzeitlicher Saal, zirka
 350 qm Bodenfläche; 2 Kegelbahnen nach Bundes-
 vorschrift; 4000 qm großer Spiel- und Sportplatz
 Schöner Familien-Verkehr
 Kinder sind immer unter Aufsicht
Gute Küche zu zivilen Preisen
Großes Lager in Rheinweisen
 Obst- u. Beerensorten aus der Fr. v. Frisoneschen Gartendirektion
 Keine Neppreise, der Lage der Arbeiterschaft angepaßt
 Das Gewerkschaftskartell. Die Geschäftsleitung.

**Trotz steigender Lederpreise
 und erhöhter Arbeitslöhne**
 bin ich immer noch in der Lage, für angegebene Preise

nur

Qualitätsschuhe

zu liefern.
 Mein Geschäftsprinzip ist: Großer Umsatz, kleiner Nutzen!
 was ich schon seit Jahren bewiesen habe!

la Spangenschuh rein Leder, 36-41	6.90	Lackzugschuh 27-30	6.90
Lackspangen mit Zug, 36-41	9.80	Herrenstiefel Randgenäht, mit Zwischensohle	10.80
Kinderspangen fein, farbig, acht Chevreau, grau, beige, Rosenholz, 25-26	5.75	la br. Herrenhalbschuh Randgenäht	11.50
la Lederhausschuh für Damen, 36-42	3.50	Herrenhalbschuh Randgenäht	8.90
Gesundheitsschuh für Damen und Herren in Rahmenarbeit von	13.75	Lackherrenhalbschuh mit Eins., Randgenäht	12.50

sowie die feinsten Rahmenarbeit Damen- und Herrenschuhe zu konkurrenzlos billigen Preisen!

Alle Sorten Sandalen und Turnschuhe zu den billigsten Preisen!
 Leder im Ausschmitt. la Zahn-Waach-Drupen kg 6.00
 Konkurrenzlos in Preis und Qualität. — Besuchen Sie meine Schaufenster, Sie staunen!

Schuhgeschäft Becker Poststr. 15
 Alle Schuhwaren können Sie
 zum selben Preise im Schuhgeschäft **H. Schwab**, Ecke Kirch- und Mariannenstraße, haben!

Tapeten-
 Körner
 Rolle v. 20 J an
 Ellenstr. 54
 Ecke Körnerstr.



**KAU
 TABAK**
 Grimm & Triebel
 Nordhausen, Begr. 1849
 Spezialität:
 • Dänker-Bünde
 • Vertreter:
 • Oscar Spalteholz
 LEIPZIG
 Sternwartstraße 41/42
 Fernruf 22725 71/2

Ausflügler!
 Partei- und Gewerkschaftsmitglied, besucht bei euren
 Ausflügen das

Volkshaus Rosengarten Mittweida
 Angenehmer Aufenthalt, möbige Stelle, schattiger
 Garten, Kegelbahn, Fremdenzimmer

Tapeten
 jetzt teilweise 50 Proz.
 herabgesetzt

Wachstuche
 jetzt von 1.60 Mk. an

Linoleum
Teppiche Läufer
 9.- Mk. an 2.- Mk. an
 Riesenauswahl.

Bernh. Nestler, Eisenbahnstr. 99
 an der Elisabethstraße.

Preisw. Reisekoffer!



I. Handkoffer
 50 55 60 65 cm
 3.25 4.25 4.50 5.25
 inkl. Verkäufer
 9.25 10.25 10.75 11.25

II. Reisekoffer m. Bügel
 65 70 75 cm
 14.- 15.- 16.-

III. Reisekoffer
 80 90 100 cm
 27.- 31.- 33.-

Stets große
 Sonder-Ausstellung!

Roni Bleich
 Koffer- u. Lederwarenfabrik
 Windmühlenstraße 32

**1/10 Anzahlung
 18 Monatsraten**

so vorteilhaft
 liefern wir überallhin
 auch nach auswärtig
preiswerte

MÖBEL

kompl. Wohnungs-
 Einrichtungen
 sow. einzelne Kleiderschränke
 30 Scherenschränke, Büffets, Credenz-
 denzen, Auszugstische, Sofas,
 Chaiselounges usw.
 Große Auswahl in lackierten und
 lackierten Küchen

Peter & Co.
 G. m. b. H. u. n. l.
 Kahlnenstr. 4, Etage

Ämtliche Bekanntmachungen

Montag, den 30. Mai 1927
 nachmittags 3 Uhr
 findet im Verhandlungslokal der unter-
 zeichneten Amtshauptmannschaft öffent-
 liche Sitzung des Bezirksausschusses statt.
 Die Tagesordnung hängt in der Tür
 des amtshauptmannschaftlichen Dienst-
 gebäudes zur Einsichtnahme aus.
 Leipzig, am 24. Mai 1927.
 Die Amtshauptmannschaft.

Im Konkurs
 der Firma **Gelshwiler Sellmann, S.-
 Bindenau, Merseburger Straße 35**, wird
 der Verkauf von Schuhwaren aller
 Art zu den billigsten Preisen fortgesetzt.
 Seltene günstige Kaufgelegenheit.
 Konkursverwalter
Paul Reinhold, Leipzig.

Familien-Nachrichten

Unsern werten Genossen
Reinhold Schreier
 nebst Gemahlin
 zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
 Ortsvorsteher **Seslowitz.**

Gewerkschaftl. Anzeigen
Gewerkschafts-Kartell Leipzig
 Volkshaus, Seitzer Straße 32, Fernruf 34021

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Besetzungsbeamten Deutschlands (St. Berlin). Geschäftsstelle Leipzig (Volkshaus), Seitzer Straße 32, II. Fernsprecher 840 11, 840 21.
 Sonnabend, den 28. Mai 1927, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Café Mitte, **Mitgliederversammlung**. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Entwicklung des Privat-eigentums. 2. Gewerkschaftliches. 3. Allgemeines. — Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Gummi-Klose
 LEIPZIG-HAINSTR. 17-19

Punktrollen
 Strick- und Kinnbinden
 Knöchelbinden
 Gummistricke zur Erzielung schlanker Knöchel u. Beine, Senkfuß-Bandagen
 Elektrische Massage-Apparate

Am 21. Mai 1927 starb Herr Oberlehrer i. R.
Karl Hermann Matthäus.
 Namens des Schulbezirks Grotzsch, dem er als Lehrer lange Zeit seine Dienste hingebend gewidmet hat, rufen wir ihm ein „Habe Dank!“ in die Ewigkeit nach. Er ruhe in Frieden!
 Grotzsch, am 25. Mai 1927.
Der Schulbezirksvorstand.
 Bürgermeister Grund, Vorsitzender.

Das neue
Germania-Rad
 Fabrikat
Seidel & Naumann



kostet nur **120 Mk.**
 Auf Wunsch bequeme Teilzahlung

Albert Osterwald G. m. b. H.
 Goethestraße 1, am Augustusplatz

Danksagung.
 Zurückgekehrt von der Einäscherung unseres teuren Entschlafenen

Paul Oskar Walter

sagen wir allen denen, die ihn durch Geleit auf seinem letzten Gange ehrten, unseren aufrichtigsten Dank. Dank allen Verwandten und Bekannten, seinen früheren Arbeitskollegen und Vorgesetzten der Eisenbahnwerkstätten Engelsdorf, dem Ortsverein der S. P. D., der Ortsgruppe der Freidenker sowie dem Kaninchenzüchterverein Liebertwolkwitz und dem Schwarzlohlklub Liebertus Leipzig. Ferner Dank auch Herrn Dr. Fritzsche und Frau Donath für ihre unermüdete Aufopferung sowie dem Genossen Herrn Theer, Leipzig, für die trostreichen Worte. Da es uns nicht möglich ist, allen, die uns durch Karten und Geldspenden unterstützten, zu danken, so geschieht es auf diesem Wege. Dies alles hat unserem Herzen wohlgetan.
 Du aber, lieber Vater, bist vielzufröhlich von uns gegangen.
 Liebertwolkwitz, den 24. Mai 1927.
Martha Walter und Sohn Willi.

Danksagung.
 Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen

Karl Eidtner

sagen wir für die herzliche Anteilnahme zu unserem Verlust unseren herzlichsten Dank. Dank auch dem Herrn Pfarrer für die trostreichen Worte am Grabe, sowie den Herren Vorgesetzten und Mitarbeitern.
 Dir aber, lieber Karl, ruhen wir ein „Ruhe sanft in dein allzufröhliches Grab nach.“
 In tiefstem Schmerze
Anna verw. Eidtner und Töchterchen Herta
 nebst Angehörigen.

Debatte zu den Vorstandsberichten.

Hohenzollernvergleich - Beamtenfragen.

Die Verhandlungen begannen heute eine Stunde später mit Rücksicht auf die Beschäftigung der Werkst. der Deutschen Werte, die um 7 Uhr vormittags vorgenommen wurde.

Witte-Stettin:

Otto Braun hat die Volksabstimmungsfrage als preussischer Ministerpräsident hier behandelt. Ich bin der Meinung, daß diese Frage von den preussischen Genossen im Ministerium und in der Landtagsfraktion überstürzt behandelt worden ist.

Göppert-Kassel:

Die Zeiten, wo die Beamten uns als Fremdkörper galten, sind Gott sei Dank vorüber. In Oesterreich hat die Beamtenschaft bessere Fortschritte zu verzeichnen. Die bisherige Führung stellt niemand zufrieden, das beweist die große Zahl der Anträge.

Lilke-Berlin:

Der Beamtenverband muß die Partei eine Wandlung vollziehen. Der Bund deutscher Kantonsbeamten, der vom deutschen Beamtenschaft angegliedert ist, hat mit der bisherigen neutralen Stellungnahme der Partei direkt Propaganda gegen die uns nächststehenden Organisationen getrieben.

Steinkopf:

Die Resolution des Parteivorstandes zur Beamtenfrage erfüllt nicht ganz die Forderung nach Klarstellung der Streitfrage. Sie berührt nicht in genügendem Maße die veränderte Situation, die durch die Vereinigung des Deutschen Beamtenschafts mit dem christlichen entstanden ist.

Frenzel-Leipzig:

Wels und Ludwig haben gestern wohl Schulbeispiele dafür geliefert, wie ein Berichterstatter des Parteivorstandes es nicht machen soll. Insbesondere die Ausfälle gegen die Opposition und die höhnische Bemerkung von Ludwig, daß mancher Parteigenosse mehr kommunistisch denke, aber die Sicherheit in der Sozialdemokratie der Unfähigkeit in der Rausschmeißerpartei vorzöge, haben uns sehr verstimmt.

genannten Sozialisten abgerückt ist. — Mit besonderem Nachdruck möchte ich die Anträge empfehlen, die zugunsten der technischen Angestellten und Arbeiter der Parteibetriebe gestellt wurden.

Genossin Fabian:

Die Strafrede des Genossen Wels gegenüber den Jungsozialisten hat das gute Einvernehmen der letzten Zeit zwischen der Jugend und der Partei sicher nicht gefördert.

Stampfer:

Zum ersten Male in den bald 11 Jahren, die ich die Ehre habe, das Zentralorgan der Partei zu verantworten, ist auf einem Parteitag etwas entstanden wie ein Anflug an frühere Vorwärts-Debatten. Nun kenne ich besser als Sie die Fehler, die ich im Laufe dieser Zeit begangen habe, und ich muß nach dem, was hier gegen den Vorwärts angeführt ist, sagen, es hätte schlimmer kommen können.

Lange-Annaberg:

Nach dieser Rede Stampfers kann man dem Antrag Berlin nur zustimmen, daß die Berliner Parteigenossen ein eigenes Organ bekommen, denn sie hat bestätigt, daß der Parteivorstand den Vorwärts nur als Dekorgan benutzte.

Müller-Leipzig:

bittet die Mitglieder des Parteivorstandes, im Aufsichtsrat der Arbeiterbank dahin zu wirken, daß auch in Leipzig eine Filiale der Arbeiterbank eröffnet werde.

Frau Schilling-Leipzig:

tritt für den Antrag ein, die Frauenkonferenz stets vor dem Parteitag abzuhalten. Nur wenn die Frauenkonferenz vor dem Parteitag stattfindet, sind die Teilnehmerinnen frisch und können die Beschlüsse der Tagung alsbald dem Parteitag vorgelegt werden.

Zoni Wüllf:

Verzeihen Sie, daß ein Mensch aus Bayern zu sprechen wagt und diesen sächsischen Parteitag in einen deutschen Parteitag zurückzuwandeln. Die Sozialdemokratische Partei hat Volksbegehren und Volksentscheid in die Reichsverfassung hineingebracht.

Stelling:

Rosenfeld hat den Eindruck zu erwecken versucht, als ob in der Partei die Meinungsfreiheit völlig unterdrückt werde. Dabei gibt es einige Parteiblätter, die häufig geradezu parteischädigend schreiben, die Parteibeschlüsse und Parteieinrichtungen geschäftig herabsagen, und abgesehen einmal dabei, daß der Chef hochsteigt, greift der Parteivorstand nicht ein, weil er sich nicht dem Vorwurf der Erdrosselung der Meinungsfreiheit aussetzen will.

Dr. Kurt Rosenfeld:

Die vollen Kamellen, die Otto Braun über meine Tätigkeit als Justizminister in der Revolutionszeit vorgetragen hat, sind längst als falsch erwiesen. In der ersten Verfügung über die Beschlagnahme des Hohenzollernvermögens vom 13. November 1918 war ich noch nicht beteiligt.

Otto Braun:

Ich stelle zunächst fest, daß nicht ich, sondern Dr. Rosenfeld den Hohenzollernvergleich hier in die Debatte gezogen

5000 Oberhemden bringen wir in bewährten Qualitäten zum Verkauf in allen Preislagen. Das moderne Unihemd mit Kragen: 4,95. Das weiße Oberhemd m. Rayé-Einsatz: 5,90. Das Zephir-Reklamehemd mit Kragen: 6,90. Modehaus Jordan & Co. Leipzig, Petersstraße 28. Filiale: Lindenau, Morseburger Str. 66.

hat. Die Erklärung der Beschlagnahmeverfügung vom 30. November 1918, auf die es ankommt, hat Genosse Rosenfeld nicht richtig gedeutet. Diese vom Justizminister ausgehende Erklärung lautet: „Hiernach handelt es sich bei der Beschlagnahmeverfügung nicht sowohl bei der Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover als um eine überwindende Gewaltmaßregel, sondern um...“ Durch die ausdrückliche Hervorhebung des Gegenstandes zur Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover, das bekanntlich Biemarck für den preussischen Staat eingezogen hat, ist klar herausgestellt, daß es sich bei der Beschlagnahme um die Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover handelt. Was die Stellung der Beschlagnahme betrifft, so genügt mir die Anerkennung Rosenfelds, daß der Anwalt der Fürsten sich auf diesen Posten ausdrücklich berufen hat. Weder in der Sitzung vom 30. November, noch in irgendeiner anderen Sitzung des preussischen Kabinetts hat Genosse Dr. Rosenfeld die Entziehung des Höhengollernvermögens beantragt. (Hört, hört!) Auf der Berliner Funktionärskonferenz hat Rosenfeld die unwahre Angabe gemacht, ihm würde die Einsicht in die Akten verweigert. Heute, nachdem ich ihm die Akten selbst zur Verfügung gestellt habe, erklärt er, das betreffende Protokoll sei nicht da. Das klingt beinahe so, als ob ich es hätte besitzeln lassen. (Unruhe und Widerspruch.) Aber das Protokoll über die Kabinettsitzung vom 30. November 1918 ist da. Es enthält nur nichts über einen Antrag Rosenfelds über Entziehung der Höhengollern (Hört, hört!) Auch keiner von uns, der in der Sitzung anwesend gewesen ist, kann sich eines solchen Antrages entsinnen. Viel eher könnte ich mich darauf berufen, daß ich einmal im Kabinettsitzungsprotokoll eigenhändig habe, daß die Höhengollernfrage eine politische und keine juristische Frage ist. Ich habe damals vorgeschlagen, den Höhengollern 10 Millionen zu geben, und dafür ihr gesamtes Eigentum in das des preussischen Staates übergehen zu lassen. Damals haben Rosenfeld und seine Freunde erklärt, das könnten sie dem Volke nicht zumuten. (Rosenfeld: Das steht auch nicht im Protokoll, aber es ergibt sich daraus doch, daß wir enteignen wollten. Das ist die beste Bestätigung meiner Darlegung!) Ich habe den Standpunkt, daß die Frage des Höhengollernvermögens politisch entschieden werden müsse, vertreten, die Volkswirtschaft und Reichsgesetz verlangt hatten und kein politisches Mittel mehr offen stand. Zum Schluß ein rein persönliches Wort: Wer mich kennt, weiß, wie ich zu einer Vergeltung meiner Person stehe, aber ich bin in meiner Parteilichkeit auf exponiertem Posten so oft geschmäht und beschimpft worden — können Sie mir doch auch einmal ein kleines Vergnügen! (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Edolph Hoffmann:

Ich habe an allen Sitzungen damals im November teilgenommen. Rosenfeld hat in der Tat den Antrag, wie er ihn dargestellt hat, gestellt: eine Konfiskation vorzunehmen. Selbstum hat damals dagegen gesprochen. Im Protokoll sind nur die Beschlüsse ergänzt, nicht aber die Debatten. Deshalb steht auch nichts darin, was Braun beantragt hat.

Renner-Wien:

Man hat uns Oesterreichern die Ehre angetan, sich wiederholt auf uns zu berufen. Ich will nun nicht den überaus Viehischen mimen. Es freut uns immer, wenn wir Anerkennung finden, aber man sollte doch mit solchen Berufenungen auf die Politik eines anderen Landes vorichtig sein. Viktor Adler hat einmal gesagt: „Wenn ich über die Politik eines Landes urteilen will, so muß ich es kennen, wie meine Westentasche.“ Sie haben es viel schwieriger als wir. In unserem kleinen Lande sind die Verhältnisse überflüssig. Wir haben in der Hauptsache nur zwei Parteien. Sie haben viele Parteien und das scheint zu den Eigenschaften der Reichsdeutschen zu gehören, vielleicht auch innerhalb jeder einzelnen Partei. Wir sehen darin einen überflüssigen Luxus. Auch in der Fürstenabfindung sind die Verhältnisse nicht zu vergleichen. Unsere Monarchie war entworfen, nicht nur bei den Deutschen und Tschechen und den anderen Nationen. Unser Vorzug in dieser Frage war folgender: 1. Wir haben niemals ein Provisorium, sondern sofort eine definitive Regelung getroffen. Wir haben vom ersten Tage an in der Erkenntnis, daß das Gegenteil nicht zu halten sei, das Privateigentum der Fürsten freigelassen. Zur Entscheidung, was Privateigentum sei, haben wir ein eigenes Organ eingesetzt. Die Entziehung des Privateigentums haben wir ganz allgemein vorbehalten. 2. haben wir die Sache nicht nur juristisch, sondern politisch behandelt. Wir haben das entlegene Gut sofort den Kriegsinvaliden gewidmet. Das führte dazu, daß die Entziehung vom ersten Tage an auch gar nicht umstritten war. Im übrigen möchte ich nicht, daß Sie sich auf unseren Parteitage darauf berufen. Parteitage Ihrer Art haben wir gar nicht. (Hört, hört!) Zu Auseinandersetzungen dieser Art pflegen wir in unsere Reichskonferenzen zu veranlassen. Auf Parteitagen sind wir uns mehrere Dinge bewußt. Wir stellen uns auf den Standpunkt: Ein hohes Gut ist die freie Meinungsäußerung, ein höheres Gut die Einheit der Handlung. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen, daß ein Parteitag keine interne Veranstaltung ist und es wäre bei uns kaum möglich, daß ein Redner mit Erfolg ein richtiges Argument vorbringen könnte, was am nächsten Tage zum Argument der Gegner wird. (Sehr gut!) Wir pflegen sehr ernste Verhandlungen, aber in anderem Rahmen. Wir haben andere Traditionen und kommen darüber nicht hinweg. Ich urteile hier nicht, ich stelle nur fest. Keiner der tatsächlichen Regierungen kann sich mit Recht auf Oesterreich berufen. Die Verhandlungen Ihres Parteitages manifestieren eine erfreuliche Tatsache: das starke individuelle Leben jedes Teiles der deutschen Partei. Das ist ein wertvolles Gut der ganzen deutschen Sozialdemokratie, aber der Güter höchstes ist es nicht. Ich meine, das Gesamtansehen und die Geschlossenheit der ganzen Partei ist ein höheres Gut! (Stürmischer Beifall.)

Dann tritt die Mittagspause ein.

Aber etwas anderes: Als der Parteivorstand hier am Freitag erschien und die Noten hatten, die Müdel und Knaben mit ihren roten Fahnen, mit Pfeisen und Trommelflag durch die Stadt marschierten, da hatten wir nicht das Gefühl, daß das Organismus sei, sondern daß die Arbeiter Kiels aus ihr Volkes, ihr kostbares Schicksal, um uns zu zeigen: hier, unsere Liebe gehört zur Partei! Das hat uns überwältigt und manchem von uns Tränen in die Augen getrieben. (Stürmischer Beifall.) Der Soz. Volksdienst brachte einen kurzen, gedrängten Bericht darüber. Das Schicksal des Kieler Volks hat mich sehr bewegt. Der SPD bringt folgendes, überhöhlendes Stimmungsbild aus Kiel: Sie kommen, Sie kommen! das Volk blutet fortwährend, — *Spur Teufel, sag ich* — (Stürmischer Beifall und Zustimmung.)

Nicht um uns handelt es sich dabei, sondern darum, daß man jede Gelegenheit benutzte, die Liebe zur Partei zu untergraben. Die Aufgabe jedes Parteigenossen, insbesondere der beamteten Genossen, muß es sein, zu fragen: Wie nütze und diene ich der Partei? Die kommenden Wahlen, die Wahlen gegen den Bürgerblock sollen der Sozialdemokratie die Macht in die Hand geben. Wir begrüßen die Parteigenossen in Mecklenburg zu ihrem tapferen Kampf! Wir wollen, daß von diesem Parteitag der Antriebsaufschlag zum Sieg, zur gemeinsamen Schlacht.

Es kommt es nicht darauf an, was, sondern wie man es sagt. Das sollten wir lernen: In notwendigen Dingen die Einheit, in kritischen Dingen die Freiheit, vor allem Liebe, vor allem Gerechtigkeit zueinander! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Abstimmungen.

Der Antrag Leipzig mit einer Mißbilligung gegen Gegenstand ist zurückgezogen. Da hätten wir uns einen großen Teil der Debatte sparen können. (Heiterkeit.) Die Anträge zum Kommunalprogramm bitte ich durch Beschlüsse der kommunalpolitischen Tagung und die dort beschlossenen Richtlinien für erledigt zu erklären. Es wird so beschlossen. Die Anträge auf Schaffung eines preussischen Parteitages und einer preussischen Landesorganisation sehen Parteiauswahlgang und Parteivorstand so an: Sie halten es für wünschenswert, daß die preussischen Genossen mit ihrer Handtagsfraktion in engem Kontakt stehen und sind bereit, vor der nächsten Landtagswahl einen Parteitag einzuberufen. Es wird beschlossen.

Die Anträge, daß Parteivorstand und Reichstagsfraktion vor wichtigen Entscheidungen die Gesamtpartei befragen, werden abgelehnt, nach der Erklärung von Wels, daß der Parteivorstand keine Selbstmordabsichten habe und immer enge Verbindung mit der Fraktion halten werde. Den Antrag auf Schaffung eines Berliner Sozialbundes hat Hamburg zurückgezogen. Die Entschließung der Parteivorstand möge dahin zielen, den Vorwärts zu einem wirklichen Zentralorgan auszubauen, wird angenommen. Der Antrag, wonach von den Mitgliedern des Parteivorstands nur die Hälfte ein Mandat erhalten darf, wird abgelehnt. Die Anträge, die die Abhaltung der Frauenkonferenz vor dem Parteitag wünschenswert, werden ebenfalls abgelehnt, um dem Parteivorstand in dieser Beziehung Freiheit zu lassen. Ebenso abgelehnt wird ein Antrag Chemnitz auf Wiedererheben der Gleichheit und Schaffung eines Reichsrauenarbeitsausschusses. Desgleichen ein Antrag Nürnberg auf Befreiung der Doppelmandate. Den Antrag Berlin, der Vereinigung sozialistischer Akademiker, die Auflösung anzupfehlen, bittet der Parteivorstand abzuschließen, weil die Konsequenz für die anderen Vereine nicht abzusehen sei. Der Antrag wird abgelehnt.

Zum Antrag, der ein Verbot der Mitarbeit am VDA-Statut fordert, erklären Parteivorstand und Parteiauswahlgang, daß sie keinen Genossen kennen, der mitarbeitet. Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiegen. Hinsichtlich der Jugendlichen wird die Altersgrenze für die Zugehörigkeit zur Arbeiterjugend auf 20 Jahre festgesetzt, mit der Maßgabe, daß mit 18 Jahren der Eintritt in die Partei zu vollziehen ist. Die übrigen Anträge sind dadurch erledigt.

Es folgen die Anträge zur Beamtentage. Zunächst wird die Erklärung der Parteiauswahlgang und Parteivorstand genehmigt. Daraus sind alle Anträge erledigt mit Ausnahme eines Antrages, der fordert, daß die Kandidaten der Partei festgewerkschaftlich organisiert sein sollen, soweit eine gewerkschaftliche Organisation für sie vorhanden ist. Ueber die Resolution auf Beamtentage ist namentliche Abstimmung beantragt. Zunächst wird mit großer Mehrheit der Zusatzantrag Steinbock angenommen, der an Stelle der Vorbeschriftung eine Empfehlung setzt. Nunmehr bittet Wels, den Antrag auf namentliche Abstimmung zurückzuziehen, da er nur die Einigkeit führe. Anführer Berlin lehnt den Antrag zurück und die Resolution auf Beamtentage wird angenommen. Angenommen wird auch der Antrag Hamburg auf Unterstützung der Genossenschaftsbewegung. Einige Anträge beschäftigen sich mit der Zugehörigkeit zu bürgerlichen Sport- und Kulturvereinen. Parteivorstand und Parteiauswahlgang erklären, daß sie die Unterstützung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung für eine wichtige Aufgabe der Parteigenossen halten. Aber man solle nicht hinter jeden Schritt des Genossen den Parteiauswahlgang stellen. Aus vorgenannten Kulturvereinen auszutreten, könne man generell nicht vorschreiben. Es sei z. B. an den Verein für Sozialpolitik und die Staatswissenschaftliche Vereinigung zu denken. Die Anträge werden abgelehnt; angenommen wird nur ein allgemeiner Antrag, daß Parteigenossen nur solchen Vereinen angehören dürfen, die die sozialdemokratische Partei nicht schädigen.

Es folgen die Anträge auf Vertretung des Personals der Parteigeschäfte in der Konzentration. Wels macht nochmals darauf aufmerksam, daß nach der Wahl durch den Parteitag die Genossen Ludwig und Bartels die Geschäfte der Partei bearbeiten und die Konzentration leiten. Davon könne ohne Änderung des Parteistatuts nicht abgegangen werden. Die Anträge werden abgelehnt. Soweit diese Anträge die Vertretung des Personals in den einzelnen Geschäftsleitungen fordern und Vertreter der verschiedenen Parteigenossen in der Leitung der Unterstützungsstelle, werden sie als erledigt angesehen, weil sie schon erfüllt sind. Der Antrag auf Nachprüfung der Ausschüsse wegen Beteiligung an Außenbelegationen wird gegen vereinzelt Stimmen abgelehnt, nachdem Wels erklärt hat, daß niemand aus der Partei ausgeschlossen worden sei, weil er sich nach Rückstand habe begreifen lassen. Den Antrag Leipzig auf Erziehung einer Filiale Leipzig der Arbeiterbank bringt der Parteivorstand wegen Unzuständigkeit des Parteitages nicht zur Abstimmung; dem wird zugestimmt.

Eine Zahl von Anträgen und Anregungen zur Organisation und Agitation werden dem Parteivorstand überwiegen. Angenommen wird unter Heiterkeit ein Antrag, der eine jährliche Kontrolle der Mitgliedsbücher fordert. Die Anträge auf Unterstützung der Welsprache Operanto werden abgelehnt, da die Partei als politische Körperschaft dafür nichts tun könne. Abgelehnt werden ferner die Anträge, dem Parteivorstand zur Pflicht zu machen, daß die Ergebnisse aller Abstimmungen in den parlamentarischen Verfassungen bekannt gemacht werden. Der Parteivorstand erklärt, daß die Kontrolle in dieser Beziehung in den Bezirken erfolgen müßte.

Hinsichtlich des Organisationsstatuts wird das Eintragsgesetz auf mindestens einen Wochenbeitrag festgelegt. Alle Anträge auf Änderung der Beitragsleistung — Staffellei der Beiträge und Änderung des Delegations- und Stimmrechts auf Parteitagen — werden abgelehnt, weil die Fragen bei der nächsten Statutenrevision behandelt werden sollen. Mit großer Mehrheit abgelehnt wird auch der Antrag Leipzig auf Befreiung der Mitglieder der Parteigeschäfte nach dem Inhalt. Auf Vorschlag des Parteivorstandes wird eine Änderung im Statut beschlossen, durch die es den Parteigenossen zur Pflicht gemacht wird, durch die Beziehung zu einem Schiedsgericht binnen vier Wochen zu ernennen. Die von der Kontrollkommission beantragte Entlassung wird dem Parteivorstand erteilt. Dagegen stimmen unter großer Bewegung des Parteitages einige sachliche, sachlicher Chemnitzer Delegierte.

Schlussworte des Parteivorstandes.

Nachmittags-Sitzung.

Ludwig:

Er verwarft sich dagegen, daß er Parteigenossen den Vorwurf gemacht hätte, sie hätten die Sicherheit in der Sozialdemokratie der Unklarheit in der kommunistischen Kampfmethode vor. Er habe ausdrücklich von Kommunisten gesprochen, die aus diesem Grunde sich an die Partei heranzumachen. — Trotz der ausführlichen Debatte, habe er die Leipziger Anträge nicht ganz verstanden. Sie wollten die Umlage der Parteigeschäfte besitzeln und die Leistungen der Parteigeschäfte erhöhen. Wie kann man mit verzerrter Sinnnahmen mehr leisten? Unter den erhobenen Vorwürfen ist nur der einzige richtig, daß der Parteivorstand an mehreren Orten auf Ueberwindung der Geschäftsform, insbesondere auf Auflösung von Genossenschaften und Umwandlung in Gesellschaften, gedrängt habe, weil er sonst nicht die nötige Sicherheit für das in die Umlage gestellte Geld der Gesamtpartei gehabt habe. So sei seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß das Geld der Gesamtpartei nur in die Hände von Parteigenossen käme, nicht Geld von Genossenschaften, denen Kommunisten und Indifferenten angehören. Oder sei es etwa unbekannt, daß die Partei sich mit der Genossenschaft Kottbus herumzulegen müsse, weil einzelne aus der Partei ausgeschiedene Genossenschaftler Ansprüche erheben? Sei es unbekannt, daß ein ähnlicher Prozeß in Hagen bisher schon 14 000 Mk. gekostet hätte? Ueber die angeblich brutale Rücksichtslosigkeit in Halle kann ich noch nicht reden, weil die Sache noch der Beschlussekommission vorliegt. Aber in keinem Bezirk hat der Parteivorstand, selbst die redaktionelle Haltung eingegriffen. Die Geduld des Vorstandes auf diesem Gebiete wird von vielen Genossen im Lande einfach bewundert. Aber wir halten trotz allem an dem Prinzip fest, die geschäftlichen Dinge von den politischen Dingen unbedingt getrennt zu halten. Auf Grund der Umlage sind etwa 900 000 Mk. gezahlt worden; sechs Geschäfte haben sich 22 000 Mk. künden lassen und uns darüber Schuldscheine gegeben. Wie lange wird es dauern, bis wir auf diesem Wege die Parteipresse wirtschaftlich in unsere Hand bekommen haben, wie es behauptet worden ist? Im übrigen bitte ich, bei diesen angeblichen Beschuldigungen doch nicht zu vergessen, daß der Parteivorstand vom Parteitag gewählt wird, und nicht eine willkürliche Korporation außerhalb der Partei ist. Haben wir nicht in Düsseldorf groß Summen Geld zur Verfügung gestellt, ohne irgendwelche Bedingungen zu stellen? Den Reichsauswahlgang für die Arbeiter und Angestellten der Parteibetriebe haben die Parteivorstände der Gewerkschaften niemals anerkannt. Ich stelle nochmals fest, daß für alle Parteigeschäfte überörtliche Arbeitsbedingungen bestehen. (Beifall.)

Otto Wels:

Gestern am Schluß meiner Rede hörte ich, wie ein sehr radikaler Geschäftsführer seinem noch radikaleren Redakteur telephonierte, die Referate von Wels und Ludwig seien so konfliktuell und sorgfältig abgewogen gewesen, daß der Parteitag absolut ruhig verlaufen würde. Beide kämen der Opposition weiter entgegen, als man hätte annehmen können. Ich hatte auch nach meinem Referat gar nicht den Eindruck, als ob ein Sturm der Sachen gegen den Parteivorstand bevorstünde; denn mir wurde mitgeteilt, daß die große Mehrheit der sächsischen Delegation mit unseren Referaten in der Hauptsache durchaus einverstanden war. (Lebhafter Beifall.) So habe ich mir denn die Rede Rosenfelds noch einmal durch den Kopf gehen lassen und sie mit meiner Rede verglichen. Was hatte ich gesagt? Ich hatte an den Leipziger Antrag angeknüpft, der das Verhalten des preussischen Innenministers Gegenstand als wüthendes bezeichnete und vom Parteitag ein Verdammsurteil forderte. An diesen Mißbrauch der Meinungsfreiheit hatte ich einen der Gemeinplätze über Kameradschaftlichkeit geknüpft, die längst Gemeingut aller Parteigenossen sein sollte. Daraus hat dann Rosenfeld gemacht, ich hätte einen Generalangriff auf Meinungsfreiheit und Oppositionsrecht unternommen. Ich kann mir nur denken, daß Rosenfeld so aufgeregt war, weil in meiner Rede absolut nichts Aufregendes zu entdecken war. (Heiterkeit.) Es war ihm offenbar das Konzept, das er stimmungsmäßig bereits sorgfältig in Berlin vorbereitet hatte, verbrochen worden. Ich nehme nicht alles taglich, was Rosenfeld gesagt hat, aber vorbiten muß ich mir, daß er dem Parteivorstand brutale Rücksichtslosigkeit und kommunistische Unterdrückungsmanöver vorwirft. Jeder Tag, der in Sachsen Parteiblätter erscheinen läßt, beweist die Meinungsfreiheit in Sachsen. (Sehr gut!) Die Trieb-

jeder für unser Handeln soll sein: Wie fördern wir die Partei? Rosenfeld stellt die Möglichkeit des Aufstieges nur dann, wenn dieser Parteivorstand verschwinden ist. In der Zeit-Korrespondenz vom 6. Mai, gewissermaßen als Vorbereitung zum Parteitag, heißt es:

„Gerade in den Kämpfen, die die Sozialdemokratische Partei zu schlagen hat, ist eine Parteipresse, die stündlings dem Parteivorstand folgt, eine Unentbehrlichkeit. In erhöhtem Maße, solange sie den Parteivorstand hört, der ihr recht vorsteht.“

Also, wenn die Wünsche der Lesenden erfüllt sind, dann besteht die Notwendigkeit der Meinungsfreiheit nicht mehr. Das glaube ich auf ein Paar, daß kaum ein Parteivorstand wieder einmal kommen wird, der der Meinungsfreiheit so breiten Raum gibt, wie der letzte. Rosenfeld hätte bedenken müssen, daß dieser Parteivorstand die Einigung der deutschen Sozialdemokratie herbeigeführt hat, der auch die Einigung der Internationalen folgte. Ist das nicht eine Leistung, die Anerkennung verdient und auch eine bei der Kritik begründete? Glauben Sie, Genosse Rosenfeld, daß wenn Sie Führer der Partei gewesen wären, die Partei heute einig wäre? (Lebhafter Zuruf: Nein! Nein!) Sie waren der Letzte, der den Weg zur Einigung fand, und Sie waren am Montag der Erste, der mit dieser Kritik aufgetreten ist. (Stürmische Zustimmung.) Der Parteivorstand, der sich das ganze Jahr herunterreißen läßt, hat alle Jahre einmal auf dem Parteitag das Recht, sich zu wehren. Er nimmt nicht die Stellung eines Regergeschäftes ein, das von seinen Anhängern geprägelt wird, weil es nicht regnet oder wenn die Sonne nicht scheint. (Sehr gut!) In die Rolle der Passivität werden wir uns nicht drängen lassen. Niemand unter uns hat das Zeug zu Säulenheiligen oder zum Duidner. Ich bin im Parteivorstand einer der Sanftmütigsten (Große Heiterkeit), meiner ausgesprochenen Art wird es auch weiter gelingen, für ein einseitiges Zusammenarbeiten in der Partei zu sorgen. Toni Wülfel hat mir eine schwere Kränkung zugefügt, als sie uns rief: „Denk daran, daß auch ihr jung wart!“ Es ist doch so, daß jeder, der älter wird, um so häufiger und mit um so stärkerer Sehnsucht an die entschwindende Jugend zurückdenkt. (Heiterkeit und Zustimmung.) Auch ich war in meiner Jugend ein Stürmer und Dränger, aber damals waren in den Gewerkschaften wie in der Partei der Gedanke der Disziplin und der Gemeinsamkeit — und für meine Person will ich noch sagen — der Gedanke des autoritären Glaubens an die große Mission, die die Sozialdemokratie zu erfüllen hat, untrennbar verbunden mit dem Vertrauen zu den selbstgewählten Führern der Arbeiterschaft. (Sehr gut!) Ich habe die Aufgabe des jungen Arbeiters nicht darin erblickt, immer Kritik zu üben. Wenn jemand, der einige Jahre durch die Arbeiterwohlfahrt gegangen ist, dann das Recht für sich in Anspruch nimmt, diese Arbeit der Arbeiterwohlfahrt zu kritisieren — trotz des ungeheuren sozialen und ethischen Inhalts, mit dem die Arbeiterwohlfahrt ihre Mitarbeiter erfüllt und angelehrt der von ihr geschaffenen Einrichtungen — der schreit mit seiner Kritik über das Ziel hinaus. Im Jahre 1923 habe ich bereits erklärt, sollte die Zeit-Korrespondenz über den Rahmen einer Korrespondenz hinausgehen, so wird die Partei gezwungen sein, dazu Stellung zu nehmen. Der Parteivorstand hat in seiner unendlichen Duldbarkeit die Dinge noch weitergehen lassen, und wenn ihn ein Tadel trifft, so der, daß er nicht schärfer und früher zugehört hat. Wir haben dann die Erfahrung einer Spaltung umsonst durchlebt. (Sehr richtig.) Der Parteivorstand hat die Pflicht, das Palladium der Einheit als höchstes Gut zu schützen und alle Wettstreitschen einer Spaltung zu beachten. Die bilden Kundschreiben, die unter der Jugend verbreitet werden, sind nicht jugendliche Ausläufer, sondern das ist organisierte Querschießen zur Zerstörung der Partei im Interesse von Leuten, die von Posten aus mit Geld gepöpselt werden und diese Arbeit zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben. (Sehr wahr!) Gegen den Nelson und mußten wir Stellung nehmen, das war eine Art Geheimbund innerhalb der Partei. Da galt es, den Anfängen zu wehren. So vertrat wir ihn und werden das gegenüber allen ähnlichen Erscheinungen tun.

Eine Genossenschaftlichkeit schließt schon an sich ein, daß die Meinungsfreiheit des einzelnen eine Begrenzung dadurch findet, daß er in die Gemeinschaft mit Genossenschaftlichen geht. (Sehr gut!) Wer eine Genossenschaft und Kampfgemeinschaft eingetragt, gibt damit einen Teil seiner individuellen Freiheit an die Organisation ab und wer Führer dieser Gruppe wird, gibt einen großen Teil seines eigenen Ichs an die Durchführung der Absichten und Beschlüsse dieser Korporation. So sind wir alle Teile eines Ganzen und des Ganzen wegen da. Wenn gewünscht wird, man solle sagen, worin die Arbeit der Opposition besteht, so will ich darauf nicht eingehen; das Material ist bergehoch.

Referate zum Agrarprogramm.

Bericht über das Agrarprogramm.

Referent Dr. Baade:

Die Beschäftigung mit der Agrarfrage ist in unserer Partei ebenso alt wie die Parteibewegung selbst. Bis zum Kriege blieben die knappen Ansätze des Agrarprogramms unsere einzigen Richtlinien in der Agrarfrage. In der Krieges- und Nachkriegszeit stand die tatsächliche Politik der sozialdemokratischen Fraktion in einem gewissen Gegensatz zu diesem Programm, indem ein positiver Aufbau in der Agrarpolitik erstmalig in der Forderung der bäuerlichen Wirtschaft versucht wurde. Gerade in den ersten Jahren nach dem Kriege ging durch das ganze deutsche Volk eine mächtige Bewegung im Sinne der Siedlung, die von starkem Widerhall in der Partei begleitet war. Wir sind damals in der kritischen Überlegung jeder Forderung auf dem Gebiete der Siedlung, über das Ziel hinausgeschossen. (Sehr richtig!) Die Anerkennung der Tatsache, daß in den bäuerlichen Betrieben der Landwirtschaft das Schwergewicht der Agrarpolitik ruht, und wir mit ihrer Weiterentwicklung in unbegrenzter Zeit rechnen mußten, mußte für die Agrarcommission der Ausgangspunkt sein, um endlich die Wichtigkeit herzustellen zwischen der prinzipiellen Stellung der Partei und ihrer praktischen Politik.

Wir haben uns mit den vom Genossen David entwickelten Gesamtdenken auseinandergesetzt. Dabei unterschieden wir drei Hauptbestandteile. Der erste ist die einfache Feststellung der Tatsache, daß die Entwicklung der Landwirtschaft nicht die geringsten Anhaltspunkte für eine Konzentrationsbewegung gibt. Die bedeutungsvollste Tatsache aus der Betriebsstatistik ist, daß eigentlich alle großen Kategorien von Betriebsgruppen in der Landwirtschaft ihre Existenz mit einer Anzahl von Lebensfähigkeits behauptet haben. Eine Verschlebung in allen Klassen ist außerordentlich gering. Selbst die starke Verschlebung in der Ausbeutung der bäuerlichen Betriebe von 5 auf 20 Hektar ist, auf die Gesamtheit der Landwirtschaft umgerechnet, recht gering. Nicht weniger als 20 Jahre würde es dauern, damit bei der Fortsetzung dieser Entwicklung im gleichen Tempo der gesamte Großgrundbesitz zugunsten des bäuerlichen Betriebes aufgelöst ist. Also die Stabilität der Landwirtschaft ist ein feststehendes Faktum. Es wäre verfehlt, ein Agrarprogramm auf der Erwartung aufzubauen, daß in einer absehbaren Entwicklung ein Großbetrieb den Kleinbetrieb oder umgekehrt verdrängen würde.

Wenn man nach marxistischen Methoden von der Erkenntnis der Wirklichkeit ausgeht, muß man feststellen, daß der Streit um die Betriebsgrößenklassen maßlos aufgebläht worden ist. Das gleiche Ergebnis zeigt sich, wenn ich mir die Gründe ansehe, die für die Überlegenheit der einen oder andern Betriebsgrößenklasse ins Feld geführt worden sind. Es ist doch richtig, daß in der Landwirtschaft die menschliche Arbeitskraft als Qualitätsarbeit, die im höchsten eigenen Interesse geleistet wird, eine ganz besondere Rolle spielt und daß der Familienbetrieb, der mit daran besonders interessierten Arbeitskräften wirtschaftet, einen bedeutenden Vorsprung vor jedem Großbetrieb hat, der mit fremden Arbeitern wirtschaftet muß, weil hier die Kontrolle hinsichtlich der Qualität nicht so durcheinandergerührt werden kann, wie in der Industrie. Aber auch den Gedanken, daß der Familienbetrieb dem Großbetrieb überlegen überlegen sein möchte, kann ich nicht folgen. Man darf nicht vergessen, daß in einem großen speziell bäuerlichen Betriebe gerade die Zweckmäßigkeit und Lebenskraft aufgebaut ist auf dem Grundlag menschlicher Arbeitsausübung und Ausbeutung der Frau und der ganzen Familie. (Sehr wahr.)

Weltwirtschaftlich hat sich in der letzten Jahrhunderthälfte der Nahrungsmitteleisatzraum ungeheuer ausgedehnt. Ein Ernährungsproblem hat es für den europäischen Kontinent in den Jahren von 1850 bis 1900 überhaupt nicht gegeben, weil ungeheure Flächen Neuland in Amerika erschlossen wurden. (Sehr richtig.)

Die Periode der Bedrohung der europäischen Landwirtschaft durch die billige Nahrungsmittelproduktion von Übersee ist längst vorbei und damit haben auch die alten schmerzhaften Ideen in Europa vollkommen ihren Boden verloren. (Sehr richtig!) In unserem Programm ist ausgesprochen, daß das alte Regime auf diesem Gebiete, dem wichtigsten der Agrarpolitik, alles vernachlässigt hat. Die bisherigen Regierungen, namentlich der monarchistischen Zeit, haben das landwirtschaftliche Bildungswesen so systematisch vernachlässigt, als ob sie den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft gewaltig verhindern wollten. In der Vergangenheit fehlte die Tatsache jeder praktischen Bauernpolitik vollständig. (Sehr wahr!) Nun könnte jemand sagen, daß diese Forderungen auf Produktionssteigerungen auch in jedem bürgerlichen Agrarprogramm stehen könnten. Jedes bürgerliche Agrarprogramm beruht zunächst auf der freien Konkurrenz und auf der Initiative des privaten Unternehmers. Die gesellschaftliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik hat aber gezeigt, daß das keine genügende Motoren zum Fortschritt sind, daß der bloße Eigennutz und die freie Herrschaft des Privateigentums nicht dazu ausreichen, den landwirtschaftlichen Betrieb vorwärts zu bringen.

Auch das Programm planmäßiger produktiver Steigerung läßt sich nur durchführen zusammen mit einem Programm der Abschreckung, die nach kapitalistischen Ideengängen niemals geführt werden kann. Unsere Vorschläge auf gemeinwirtschaftliche Regelung des Abfahrs der Produktion haben einen konkreten Ausdruck gefunden in unserem Vorschlag des Handelsmonopols und der gleichzeitigen Beseitigung der heutigen Getreidepreise. Aber unsere Leipziger Genossen haben zur Erklärung dieses Zieles andere Vorschläge gemacht. Sie fürchten, daß bei unserer ungenügenden politischen Machtposition das Getreidemonopol gegen uns ausgewirkt werden könnte und empfehlen deshalb, dem Getreidehandel lieber den landwirtschaftlichen Genossenschaften in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften zu übertragen. Ich sehe gar keine Möglichkeit, das Getreidemonopol durchzusetzen, ohne unsere politische Macht nicht viel größer geworden ist. (Sehr wahr!) Aber den Getreidehandel den Erzeuger-Genossenschaften zu übertragen — das wäre trotz der einschneidenden Klausel von Konsumgenossenschaften die stärkste Anknüpfung an die Getreidefrage schließt sich die Futtermittel- und Kartoffelfrage. Die ungeheuren Preisschwankungen auf dem Viehmarkt lassen sich nicht vermeiden, ohne nicht eine gemeinwirtschaftliche Organisation die Stabilisierung der Preise für Getreide und Futtermittel durchgeführt hat. Diese Preisschwankungen sind die größte Gefahr für den bäuerlichen Besitz. Von den Kartoffeln und Futtermitteln führt dann das Problem der Branntweinsteuer, Zuckermarkt usw. Bei einer Überwindung der politischen Machtverhältnisse hätten wir hier Möglichkeit zur Sozialisierung, weit über alle bisherigeren Utopien hinauszuweisen. Unser Agrarprogramm ist das Gegenwartsprogramm. Das Programm der Zukunft ist die Sozialisierung der Landwirtschaft, wobei die Sozialisierung der Produktion die wichtigste Aufgabe ist, die wir praktisch den wirksamsten und schnellsten Weg gesucht haben zur Anwendung sozialistischer Grundzüge in der Wirtschaft. (Beifall.)

Es folgen die weiteren Teile des Agrarprogramms, besonders

Boden- und Siedlerfragen.

Referent Krüger-Lüneburg

Dem Agrarprogramm der SPD geben die Forderungen ihr besonderes Gepräge, die sich beziehen auf die Neugestaltung der Bodenbesitzverteilung, auf eine grundlegende Bodenreform zur restlosen Überwindung des Feudalismus und Kapitalismus auf dem Lande im Verein mit einer völligen Umwandlung der Verhältnisse der Landarbeiter. Wir müssen bei unserem Programm an die deutschen Verhältnisse anknüpfen.

Die Verhältnisse und Betriebsverhältnisse zeigen uns, daß die meisten Großbetriebe östlich der Elbe vorhanden sind, während in Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen, in der Provinz Sachsen und in den größten Teilen von Bayern die großen mittelbäuerlichen Betriebe überwiegen und im Rest des deutschen Gebietes, in Thüringen, im Rheingebiet, im Rheinland, in der Rheinpfalz, in Hessen, in Baden und im westlichen Teile von Württemberg überwiegen die Mittel- und Kleinbauern. Am Rhein, in Baden und Württemberg spielen außerdem die Parzellenbetriebe unter zwei Hektar eine große Rolle. Aber man darf nicht übersehen, daß sich Großbetriebe und Großgrundbesitz nicht ebenmäßig im Westen und Süden Deutschlands befinden viele Kleinbetriebe auf der Westküste. Die Verpächter sind Großgrundbesitzer großer Güter. Es sind allein in Westfalen etwa 70 000 Pächter von nur 85 Hektar im Durchschnitt. Wie infolge der besonderen geschichtlichen Entwicklung die Betriebsverfassung in Deutschland außerordentlich verschieden ist, so weist auch die Arbeitsverfassung in der Landwirtschaft große Unterschiede auf.

Auch über die Verhältnisse der Landarbeiter verhalten wir selber keine neue umfassende Ueberlegung. Man kann zwei große Gruppen unterscheiden: das Gefinde, das meist unverheiratet ist, und die verheirateten Tagelöhner. Eine ganz besondere Rolle spielen im Nordwesten Deutschlands, in Westfalen und in Teilen der Provinz die Heuerlinge. Der Heuermann ist ein Arbeiter-Pächter. Er erhält vom Arbeitgeber gegen eine verhältnismäßig niedrige Pacht eine kleine Stelle und hat dafür seinem Verpächter und Arbeitsherrn bestimmte Arbeiten gegen einen verhältnismäßig geringen Tagelohn zu leisten.

Diese Ueberlegung zeigt uns, daß die Entwicklung der Landwirtschaft anders verläuft als in der Industrie. In der Landwirtschaft hat die Trennung der Produzenten von ihrem wichtigsten Produktionsmittel, dem Grund und Boden, keine Fortschritte gemacht. Auch die Konzentration der Betriebe ist in den letzten Jahrzehnten nicht weiter fortgeschritten: die Zahl der Großbetriebe und der großbäuerlichen Betriebe hat im Gegenteil abgenommen, während die Zahl der kleinen und mittelbäuerlichen Betriebe zugenommen hat. Hilferding hat kürzlich die theoretische Erklärung hierfür aus den Gesetzen der Preisentwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegeben und mit vollem Recht ausgeführt, daß gerade die Anwendung der marxistischen Methoden uns zeigt, daß das Konzentrationsgesetz für die Landwirtschaft keine Geltung hat. Aus diesen wissenschaftlich erwiesenen Tatsachen muß die Partei für ihr Programm die Folgerungen ziehen.

Der erste Abschnitt über die Bodenreform beginnt mit der auf allgemein anerkannter wissenschaftlicher Grundlage beruhenden Feststellung, daß die Gewalt des Großgrundbesitzes und die politische Macht der Herrschenden die Grundbesitzverhältnisse gestaltet hat. Das Ziel der SPD muß sein, dieses auf einer jahrhundertlang betriebenen Klassenpolitik beruhende Bodenmonopol des Großgrundbesitzes zu überwinden. Dazu ist nicht etwa die Aufhebung des gesamten Privateigentums an Grund und Boden notwendig. Der Kampf des Sozialismus hat von seinen Anfängen an nur dem kapitalistischen Eigentum, dem Ausbeutereigentum gegolten. Dies zeigt sich besonders klar bei den Latifundienbesitzern im Osten, Westen und Süden des Reiches, die noch dazu vielfach geringere Erträge bringen als die kleineren Güter und die bäuerlichen Betriebe. Genau das Gegenteil gilt dagegen von den selbstwirtschaftenden Bauern und den kleinen Parzelleneigentümern. Hier kann von der Ausbeutung eines Menschen durch andere nicht die Rede sein. In der Mitte zwischen diesen beiden Extremen stehen die gemäßigten Rittergüter und die Großbauern. Hier hat der Eigentümer zwar eine volkswirtschaftlich notwendige und wert-

volle Arbeit als Leiter des Betriebes zu leisten, aber sein Bodeneigentum verhindert dem bescheidenen Landarbeiter den Zugang zum Grund und Boden und erweist sich so ebenfalls als Ausfluß eines Monopols. Das Programm trägt diesen drei verschiedenen Grundformen des Bodeneigentums Rechnung. Es wendet sich scharf gegen den Latifundienbesitz.

Das Programm bekennt sich außerdem zu der Siedlungspolitik, wie sie unter Zustimmung der Fraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages seit der Revolution begonnen worden ist. Bei dieser Stellungnahme kann man sagen, daß auf Grund der heutigen Wissenschaft — sowohl der sozialistischen wie der bürgerlichen — die alte Streitfrage um Groß- oder Kleinbetrieb ihre Bedeutung verloren hat.

Wenn so wirtschaftliche Rücksichten nicht gegen den Standpunkt des Entwurfes sprechen, so sprechen die wichtigsten politischen Gründe dafür. Gegenüber dem Großgrundbesitz, dem Todfeinde der demokratischen Republik, kann eine Demokratisierung des flachen Landes nur durchgeführt werden, wenn die wirtschaftliche Abhängigkeit in großen Teilen der Landbevölkerung vom Großgrundbesitz beseitigt wird. Das läßt sich nur erreichen auf dem Wege des Entwurfes. Güter bis zu 750 Hektar sollen enteignet werden nach dem Entwurf. Hier wird aber eine grundlegende Reform der Arbeitsverhältnisse verlangt, welche die heutige drückende Abhängigkeit der Landarbeiter von ihrem Gutsherrn beseitigt.

Ganz anders als das Eigentum der Latifundienbesitzer muß natürlich das Eigentum der Mittel- und Kleinbauern behandelt werden. Hier kann von irgendeiner Enteignung oder von Eigentumsbeschränkungen nicht die Rede sein. Vielmehr müssen — und das fordern die Abschnitte 2, 3 und 4 — alle Maßnahmen getroffen werden, um die Arbeit in diesen Betrieben so fruchtbringend und ertragreich wie irgend möglich zu gestalten. Mit Recht wird der Entwurf zum Schluß darauf hin, daß eine tiefe Interessensolidarität die Arbeiterschaft mit den selbstarbeitenden Bauern verbindet.

Eingehende Forderungen werden auch zur Sicherung des wachsenden Wohlstandes gestellt, dessen sich die SPD im Interesse der kleinen Pächter auf dem Lande seit der Revolution besonders angenommen hat. Besonders wird ferner eine planmäßige Bodenpolitik der Gemeinden, gesichert durch ein Vorkaufsrecht, welches die Versorgung der landbedürftigen Bevölkerung mit Pachtland und Kleingartenland sowie mit Bauplätzen für alle Zeit ermöglicht. Endlich fordert der letzte Abschnitt des Programms eine bäuerliche Sozialpolitik, vor allem eine wirksame Familien-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge sowie eine leistungsfähige Krankenversicherung, Invaliden- und Altersversicherung auch für die kleinen Landwirte, endlich wirksame Versicherungen gegen unvorhergesehene Katastrophen sowie eine Lebensversicherung, um die Ueberlastung des bäuerlichen Besitzes mit Besitzwechsel und Abfindungshypotheken zu verhüten.

Nicht nur unsere Parteigenossen in Deutschland und im Ausland, auch unsere Gegner erwarten den Ausgang der Verhandlungen des Agrarprogramms mit großer Spannung. Der Entwurf des Parteivorstandes wird sich als wirksame Waffe erweisen in dem großen Befreiungskampfe zwischen der arbeitenden Bevölkerung und ihren Widersachern. Darum ist keine möglichst einflussreiche Annahme dringender zu wünschen! (Lebhafter Beifall.)

Bilderling

Beauftragt zur Geschäftsordnung, den Entwurf des Agrarprogramms noch einmal an die Agrarcommission zurückzuverweisen, damit sie in den nächsten beiden Tagen ihn noch einmal gründlich durchsprechen kann. Der Vorschlag wird angenommen.

Vorsitzender Weis erklärt, daß auch der von ihm als angenommen bezeichnete Antrag Berlin, wonach nur freigewerkschaftlich organisierte Genossen Mandate annehmen dürfen durch die Erklärung des Parteivorstandes und den Antrag Aufhäuser-Stiefkopf erledigt gewesen sei.

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

erläßt Loge (Münchberg). Zum Parteitag delegiert sind 417 Vertreter, davon 34 Frauen. Anwesend sind 415 Vertreter, davon 68 Frauen, außerdem 15 Genossen als Vertreter der ausländischen Bruderparteien. Unter den anwesenden sind gewählte Delegierte 290 (85 Frauen), Reichstagsfraktion 28 (3), Parteiausschuß 42 (10), Kontrollkommission 8 (1), Parteivorstand 10 (3), Agrarcommission 10, Vertreter verschiedener Parteiministerien 12 (1), außerdem ein Referent.

Der Berichterstatter beantragt, alle Mandate für gültig zu erklären, der Parteitag beschließt demgemäß. Nächste Sitzung Mittwoch 8,30 Uhr, Schluß 19,30 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Lindbergh und der liebe Gott.

Die Presse der ganzen Welt hat ihre Sensation: den gelungenen Ozeanflug Lindbergh, der kühne Flieger, ist ein gemachter Mann; und fast steht es so aus, als hätten die Zeitungen dieser Woche mehr Anteil als die zweifelhafte bedeutende persönliche Leistung des Fliegers selbst. Was zu dieser zu sagen ist, wurde in der W. bereits vorgetragen. Uns soll heute nicht so sehr die persönliche Leistung des Atlantiküberquerers beschäftigen, als vielmehr der Fall Lindbergh.

Der Fall Lindbergh — das sind die anderen, die Zuschauer und Zuhörer in Paris und New York und überhaupt in aller Welt. Es sind jene Massen halbgebildeter, portifisch gefärbter ewiger Jünglinge beiderlei Geschlechts, denen vor Begeisterung und beständigem Sensationslust die letzten Reste klaren Denkens — wenn überhaupt solche da waren — abhanden gekommen sind.

Tatsache ist: Die Herren werden immer weniger, unser Zeitalter immer heroischer. Die Technik triumphiert und in dem Maße, wie sie die Welt in den Mann des Berechenbaren, Waghären, Rehbären, automatisch funktionierenden stellt, in dem gleichen Maße wird der Hero, der starke, übermächtige Mensch, das Urbild des lieben Gottes, überflüssig. Man hat ihn loszusagen nicht mehr nötig, weil die Beherrschung der Umwelt durch die Maschine langsam, aber sicher jedem Mann zu seinem eigenen Unmöglichen macht.

Tatsache ist ferner: Obgleich wir im zwanzigsten Jahrhundert, das ein Jahrhundert der Technik und des wissenschaftlichen Fortschrittes sein will, leben und die Früchte moderner Weltkroberung miterleben, gibt es trotzdem noch Unwissenheit, die geistig im Mittelalter und noch ein Stückchen weiter hinten stehen geblieben sind. Solche Primitive der Gegenwart merken gar nicht, wie komisch es wirkt, wenn sie wie ihre Urgroßväter den Schuß desselben lieben Gottes anflehen, von dem sie sich doch sonst schon gründlich emanzipiert haben und dessen Aktionsradius schon so gut wie gar nicht mehr da ist. So war es, als Lindbergh abflog: Die „freien“ Amerikaner veranzustalten Hunderte und Tausende von Sittgottesdiensten; ja, es kam noch schlimmer: Vor irgendeinem großen Boxkampf knieten vorher alle Zuschauer nieder und beteten gemeinsam für ihren Nationalhelden. (Ob man

wohl für einen Engländer oder einen deutschen Flieger sich ebenso angefreut hätte?)

Der liebe Gott hat viel zu tun und wenn er auf alle Wünsche seiner Gotteskinder (Kind in des Wortes enger Bedeutung) acht geben wollte, ich glaube, er würde ein wenig durchgehandergeraten. Es war schon damals, in dem großen „gerechten“ Kriege eine schwere Sache, allen Wünschen gerecht zu werden. Wenn es einen Gott gäbe, er wäre zu bedauern. Er müßte wirklich allmächtig sein, um sich da durchzufinden.

Lindbergh gelang das, was sein Vorkliger Kungesser mit dem Leben bezahlte. Alle Besitzwestern werden glauben, daß des Allmächtigen Hilfe ihn wohlbehalten hinübergebracht habe. Und Kungesser? Er ertrug wohl gleichfalls mit Gottes Hilfe? Oder durch Gottes Bosheit? Homo.

SPD Paris, 24. Mai.

Lindbergh hat bei der Beschäftigung seiner Flugmaschine festgestellt, daß die beim Empfang verursachten Schäden rasch ausgebessert werden können. Er beabsichtigt daher voraussichtlich schon am Mittwoch einen Flug über Paris auszuführen, um sich den Parisern zu zeigen und für ihren Empfang zu danken. Am Sonnabend will er sich dann im Flugzeug nach Brüssel begeben und von dort am Montag nach London. Ob er von London aus auch nach Stockholm befliegt und vor seiner Rückkehr nach Amerika vielleicht nach Berlin kommt, steht einstweilen noch nicht fest. Er will möglichst bald wieder nach Amerika zurückkehren.

Bezügliche Sparkassenbeamte. Die Spar- und Girokasse der Stadt Mittelsa (Brandenburg) hat durch Unregelmäßigkeiten und Dienstverletzungen ihrer beiden leitenden Sparkassenbeamten Richter und Amelung einen Schaden von rund einer halben Million Reichsmark erlitten. Die Verfehlungen der beiden Beamten wurden bei einer Revision aufgedeckt. Sie haben eigenmächtig Sparparzellen gewährt und durch unrichtige Buchungen ihr Vorgehen vertuscht.

Jhr Junge strotzt vor Gesundheit!
Ja, sein er auf Rat des Arztes
Kufeke und frische Milch
bekommt!

Der Himmelfahrt wegen erscheint die nächste Nummer der Volkszeitung am Freitag.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 23. Mai.

Friedrich, August von Sachsen.

Der Mann, der von Hans Reimann zu einer „Persönlichkeit der Zeitgeschichte“ gemacht wurde, der letzte regierende Fürst aus dem Hause des Sächsischen Kurfürstentums, hat Jubiläum. Die MN widmen ihm dieserhalb mehr als eine halbe Spalte in der Mittwochnummer, u. a. folgendes:

„Nun jährt sich am 25. Mai zum fünfzigsten Male der Tag, da der letzte sächsische König Friedrich August als Leutnant ins sächsische Heer eintrat. Diese seltene Jubelfeier, die mit dem 62. Geburtstag des früheren Königs zusammenfällt, gibt uns Anlaß zu einem Rückblick auf die Betätigung Friedrich Augusts als Soldat, mag darüber auch manche limonadenhafte Pazifistenfeste schmelzen, mag mancher unentwegte Republikaner darin auch eine „monarchistische Liebesdienstleistung“ erblicken.“

Rein, den Gefallen tun „unentwegte Republikaner“ der Deutschnationalen nicht. Sie haben Humor genug, um weder die MN noch deren August diesmal ernst zu nehmen. Was übrigens besagte Limonade anlangt, so dürfte selbst ihr bekannt sein, daß Sachsens letzter Jar gewisse Limonadenforien schätzte. Es scheinen aber nicht die gleichen gewesen zu sein wie die der Pazifistenfeste; wobei ich es dahingestellt sein lasse, ob der Pazifismus von Limonadentrinken kommt und die Seligkeit — aber lassen wir den Geiz dieserhalb in Ruhe. Er hat genug gelitten.

Friedrich August teilte das tragische, schmerzliche Schicksal aller unglücklich Lebenden. „Von meiner frühesten Jugend an war die Liebe meine ganze Liebe“, hat er laut MN in einem Erlaß an die Armee gesagt. Aus „Lustgefühl“ habe er im Kriege keine Armee geführt, weil er König war, und das hätte stören können. Solches „Lustgefühl“ erscheint uns limonadenhaft; andere Fürstentümer haben es nicht besessen. Aber trotzdem hat er während des ganzen gewaltigen Völkerringens engste Fühlung mit den sächsischen Truppen behalten. „Das wissen wir bereits von Hans Reimann besser, plastischer. Und da die Armee seine ganze Liebe war, so verstehen wir schließlich, warum und wieso das, was der Laie gemeinhin unter Liebe sich denkt, zu tragikomischem Ende führen mußte.“

Wir geben gerne zu, daß August unter den deutschen Herrschern der Sympathischerste einer war. Er war gutmütig genug, sich nicht mit dem Heiligenschein der Gottähnlichkeit zu umkleiden; er hatte den Mut, Mensch zu sein und menschliche Schwächen zu besitzen. Er war beinahe „unter Larven die einzig fühlende Brust“, der Herrscher ohne Ambitionen, der Mann ohne Ehrgeiz unter lauter Ehrgeiz ohne Mannern. Wir „unentwegten Republikaner“ wahren uns nur dagegen, daß falsche Freunde ihm nachträglich jene Gloriole zu erteilen, die er selbst bei Lebzeiten als König nie erstrebt hat. Da wir wollen wir ihn schätzen. Und deshalb sind wir ausnahmsweise einmal mit den MN zusammen einer Meinung, daß „trotz aller Veränderungen, die der Novembersturm 1918 und als dessen logische Folge das Versailler Diktat von 1919 (!) über engere und weitere Heimat gebracht haben, die Pflege der Erinnerung an die Vergangenheit nicht vernachlässigt werden darf.“ Homo.

Christliche Schulwünsche.

Als vor ungefähr zwei Jahren in dem Elternrat einer Leipziger Volksschule die bekannte Denkschrift des Volksbildungsministeriums zur Erörterung stand, stellte sich der dortige christliche Elternratsvorsitzende in hohe Pose und erklärte: „Die Denkschrift des Ministeriums ist eine Tat.“ Er stellte sich somit in die Reihe der schärfsten Widersacher der Volksschullehrerschaft und beharrte die milderen Leistungen in der Schule.

Als ein halbes Jahr darauf der Reichsschulgesamtenrat des Ministers Schiele in der Elternversammlung zur Diskussion stand, erklärte derselbe Elternratsvorsitzende:

„Die Schule ist nicht dazu da, um besondere Leistungen im Wissen und Können zu erzielen, Hauptsache ist, daß die Kinder im Geiste des ev. luth. Christentums erzogen werden.“

So sind die Christen. Eltern, wacht auf und gebt diesen Deuten mit solcher Doppelzüngigkeit am 29. Mai die rechte Antwort und wählt Liste 2.

Zweierlei Maß.

Frei nach Dr. Kaiser.

„Dem Volke muß die konfessionelle Volksschule und damit die Religion erhalten bleiben!“ wenn auch die Schule darüber kaputt geht und in Hunderte von leistungsunfähigen Zwergschulen zerfallen wird, wenn auch die Lehrer unter Bruch der Reichsverfassung zu Kirchendienern gestempelt werden, die den ihnen anvertrauten Kindern Kirchendogmen statt Wissenschaft geben müssen — Wozu braucht „das Volk“ Wissenschaft, wozu soll es denken lernen? Das ist gefährlich, das macht unzufrieden! Glauben soll es! Glauben an die gottgewollte Weltordnung — die heißt, wo der eine hungert, der andere speist! Glauben soll es an die Heiligkeit des Privateigentums, auch wenn es ergaunert ist!

Darum her mit der konfessionellen Volksschule! Sie ist zwar teurer, leistet dafür aber auch weniger.

„Der höheren Schule muß die Wissenschaft erhalten bleiben!“ Hier werden „die Führer“ des Volkes ausgebildet. Diese müssen frei von jeder konfessionellen Bindung das Ganze überblicken. Sie bekommen „religionskundlichen Unterricht“, der mit den Ergebnissen der Wissenschaft in keinem Widerspruch steht. Für sein teures Schulgeld will man doch etwas Ordentliches haben. Und außerdem kann man mit den sogenannten christlichen Tugenden der Demut, der Treue, des Gehorams, der Zuchtlichkeit doch nur Geschäfte machen, wenn sie die anderen haben, für die irdischen Güter als belanglos hinzustellen sind, bei denen ein guter Religionsunterricht im Sinne der christlichen Gewerkschaften wirkt.

Den Proleten viel Religion! Den „Führern“ die Bildung, die Macht und den Profit!

Nach durch diese Rechnung einen Strich Proleten! Erklämpfe deiner Klasse nächsten Sonntag die geistige Freiheit! Tritt ein für die Kirchenfreie, weltliche Staatschule!

Wähle Liste 2!

Im Stahlhelm stinkt's!

Schwarzes Bankkonto „Dr. Melzers Erben“! Die verschwundenen 4000 Mark Wahlgelde! — Warum Melzer aus dem Stahlhelm geworfen wurde!

Am Dienstag in aller Herrgottsfrühe um 7 Uhr (!) standen sich zwei ehemalige Stahlhelmlinien vor Gericht in der Eisenstraße als erbitterte Feinde gegenüber: der völkische Rechtsanwalt Dr. Gustav Melzer und der Hauptmann a. D. Emil Leuchert. Als Leuchert sein Einkommen als Geschäftsführer des Nationalen Klubs mit monatlich 100 Mark angab, verbesserte Melzer diese Angabe durch die Behauptung, daß Leuchert als Bezirksleiter vom wirtschaftlichen Nachrichtenendienst des Verbundes sächsischer Industrieller ein Einkommen von 800 Mark habe. Leuchert ließ sich nicht irritieren. Er räumte nun wenigstens 800 Mark ein.

Im Eröffnungsbeschluss wurde mitgeteilt, daß Leuchert im Februar 1927 zu mehreren Stahlhelmlinien abfällige Bemerkungen über Melzer gemacht hatte. Und zwar äußerte er: Melzer sei so geistig, daß er sich für jede Reize nach Haste die Fahrt im Betrage von 1,70 Mark vergüten ließ. Jeden Bleistift und jeden Radiergummi habe sich Melzer aus der Stahlhelmlinien bezahlt lassen. Den Stahlhelmlinien würden noch die Augen aufgehen, wenn sie erst einmal erfahren, wohin die 8000 und 12 000 Mark aus dem Sonderfonds hingelassen seien.

Melzer erhob wegen dieser Bemerkungen, die ihm als Zwischenträger der 48 Jahre alte Oberpostsekretär und Hauptmann a. D. Hans Clemens Ewald Ulrich hinterbrachte, Privatklage wegen Beleidigung.

In der Hauptverhandlung am Dienstag kamen nun eine Reihe ergötzlicher Tatsachen über Einrichtungen und Vorgänge im Stahlhelm zum Vorschein, die zeigen, wie es dort stinkt.

Ende Januar kamen mehrere ehemalige Offiziere im Kasino des Bankgeschäftes Vetter & Co. am Dittlering aus „sozialwissenschaftlichem Interesse“, wie Leuchert angab, zusammen. Das Gespräch drehte sich um die persönlichen Kämpfe im Stahlhelm, speziell in Leipzig. Drei Gruppen standen gegen zwei Melzergruppen. Da sagte Ulrich, daß Melzer doch den Stahlhelm auch stets finanziell unterstützt hätte. Sofort beschwerte Leuchert das Gegenteil. Damit war die Sache vorläufig erledigt. Ulrich setzte sich mit Melzer in Verbindung. Das Ergebnis dieser Unterredung war, daß Ulrich zur nächsten Zusammenkunft im Offizierskassino Leuchert zu neuen Äußerungen über Melzer provozierte. Und nun fielen die im Eröffnungsbeschluss festgehaltenen Bemerkungen. Leuchert war bis zum Mai 1926 Geschäftsführer des Stahlhelms in Leipzig. Er erklärte, daß es Melzer immer verstanden habe, fremde Gelder, die ihm für den Stahlhelm zur Verfügung gestellt worden waren, der Kasse so zuzuführen, als ob sie von ihm kämen. Dabei sei der Geiz Dr. Melzers spielwütend. Im Jahre 1925 habe „gewisse Kreise“ etwa 12 000 Mark (Zuwendungen aus dem Volksoffer??) dem Leipziger Stahlhelm gestiftet. Diese Summe floß nicht in die Stahlhelmkasse, sondern wurde auf ein neu eröffnetes Konto „Dr. Melzers Erben“ auf der Allgemeinen Credit-Anstalt eingezahlt. In dieses Konto habe niemand weiter Einsicht gehabt als Melzer! Deshalb habe Leuchert stets auf Kontrolle gedrängt, doch ohne Erfolg. Wegen dieser eigenartigen, von Zeugen als leichfertig bezeichneten Finanzgebarung sei sogar eine Beschwerde nach Dresden gegangen; doch habe die vorgesetzte Stelle damals leider noch nicht eingegriffen. Dr. Melzer, diese Manipulationen nicht länger haben beden können, habe er seinen Geschäftsführerposten niedergelegt. Aber auch danach habe er im Stahlhelm stets Kredit wegen der Gelder gegeben, die schließlich mit dem Ausschluß Melzers aus dem Stahlhelm endete! In der Zwischenzeit wurde ein Strafverfahren

gegen Melzer wegen Unterschlagung von 5000 Mark eröffnet, aber dann eingestellt.

Der Zeuge Hauptmann a. D. Alexander Hirsch, jetzt Angestellter bei Polka, befragte in wesentlichen Punkten die Darstellung Leucherts.

Nach Leuchert übernahm der 40 Jahre alte Handelsvertreter Hans Valerico den Geschäftsführerposten. Bei ihm war die Kasse des Stahlhelms bereits von 12 000 auf 7000 Mark zusammengeschmolzen. Die Kasse wurde ihm nicht übergeben. Treuherrlich sagte der Zeuge vor Gericht: „Ich mußte mir die Kasse selbst zusammenkaufen!“ — Kein Wunder, daß niemand weiß, zu welchen Zwecken das schwarze Konto benutzt wurde und wohin das Kapital geflossen ist.

Der Nachfolger Valericos, Hauptmann a. D. Otto Mager, weiß nur noch etwas von 3000 Mark und heute sollen gar nur noch 700 Mark auf dem Konto „Dr. Melzers Erben“ sein. Der Zeuge Mager mußte erklären: „Die Kassenführung Melzers war sehr undurchsichtig. Herr Dr. Melzer hat Gelder vereinnahmt, die nicht an die Geschäftsführerstelle weitergegangen sind!“

In diesem Zusammenhange stellte Rechtsanwalt Marxhner fest, daß bis heute, nachdem sich der Stahlhelm von Melzer gelöst hat, die restlichen Trümmer des schwarzen Fonds „Dr. Melzers Erben“ — angeblich also noch 700 Mark — von Herrn Melzer der Stahlhelmlinie Leipzig als rechtmäßiger Eigentümerin dieser Summe noch nicht übergeben sind. Eine Abrechnung sei gleich gar nicht vorhanden!

Dazu erklärte Melzer, daß er jetzt im Begriff sei, das noch vorhandene Geld (!) der Bundesleitung des Stahlhelms zu überweisen.

Der Zeuge Kaufmann Karl Grothe aus der Hohen Straße erklärte, daß er als letzter Geschäftsführer beim Bankhaus Lieberoth etwa 3500 Mark und bei der Udo etwa 700 Mark hinterließ. Er und Valerico wurden in Gemeinschaft mit Melzer aus dem Stahlhelm ausgeschlossen!

Auf alle diese Anklagen antwortete Melzer mit der Frage, wo Hauptmann a. D. Leuchert die 4000 Mark Wahlgelde, die ihm einmal zur Verfügung standen, gelassen habe, da er den Wahlhelmlinien noch nicht einmal die Straßenbahnfahrten vergütet hätte. Nach diesem Angriff ließ Leuchert die beachtliche Widerlage gegen Melzer wegen Beleidigung fallen. Der Rest war Schweigen. Weiter behauptete Melzer, daß Leuchert einmal geküßert habe, er gehe dahin, wo er am meisten verdiene, wenn ihm der Stahlhelm kein Gehalt gebe. Der Wahrheitsbeweis für diese Äußerung sowie verchiedene Beweisanträge Melzers wurden vom Gericht zurückgewiesen, da sie in keinem Zusammenhang mit der Privatklage ständen. Schade, man hätte sicher noch einiges Erbauliche aus dem Stahlhelmsumpf erfahren.

Zuletzt wurde noch festgestellt, daß Melzer auf seinen Ausschluß aus dem Stahlhelm mit mehreren Privatklagen gegen ehemalige Bundesräuber quillerte.

Das Gericht kam zur Beurteilung des Hauptmanns a. D. Leuchert aus Paragraph 188 StrGB. Es brumte dem Angeklagten 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis auf. In der Urteilsbegründung hieß es, daß in den Äußerungen Leucherts über Melzer nicht nur der Vorwurf einer undurchsichtigen Finanzgebarung enthalten sei, sondern daß in diesem Vorwurf eine konkrete Tatsache behauptet wurde, die Dr. Melzer verächtlich zu machen geeignet war. Für die Richtigkeit seiner Beleidigung sei der Beweis allerdings nicht erbracht. Die Wahrung berechtigter Interessen konnte nicht in Frage kommen.

Dieser „Sieg“ ist wohl alles andere eher als ein Ruhmesblatt für Herrn Melzer!

Die Kirchenchristen wollen die Elternschaft täuschen. In Lindertau werden die Eltern durch Handzettel zu einer Elternversammlung eingeladen, in der ein Arbeitersekretär Gierz, Metallarbeiterverband, spricht. Dieser Arbeitersekretär hat mit den freien Gewerkschaften nichts zu tun, sondern ist Sekretär im Gewerkschaftsring christlicher Gewerkschaften. Dieses hat man wohlweislich nicht vermerkt, um der Elternschaft vorzutäuschen, als ob ein Gewerkschaftssekretär der freien Gewerkschaften spräche. Eltern, seht auf der Hut, laßt die Leute unter sich!

Die 14. Volksschule (Hilfmannschule) sabotiert die gemeinsame Elternversammlung am Freitag, dem 27. Mai, 1/2 20 Uhr, in den Reichshallen. Die Schulleitung beruft für 1/2 10 Uhr in die

Schule alle Mütter, um diesen einen Lichtbildvortrag über „Geschlechtskrankheiten des Kindes“ zu geben. Eltern und Erzieher, die für ein gemeinsames Zusammenarbeiten sind, besuchen die Elternversammlung in den Reichshallen, die von den Lehrern und Elternräten einberufen wird. Laßt die Kirchenchristen in der 14. Volksschule unter sich, die ja keine Gemeinschaft in der Schule wollen.

Enlarbte „Enlarber“.

Am Montag voriger Woche erschien in der SAZ eine der roten Fahne entnommene Schmähnotiz gegen den Berliner Polizeipräsidenten Genossen Böttgerich. Die Notiz trug in großen Lettern die Ueberschrift: „Eine Flasche Wein — 10 Pfennig“ und ließ einen Delegierten auf der letzten Generalversammlung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten folgenden ungläubigen Fall“ vorzutragen:

„Eines Abends kam der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgiebel in den Berliner Katschler. Er bestellte sich eine Flasche besten Weines zum Preise von 20 Mark. Der Deponom Falkenberg bestimmte dabei jedoch den servierenden Kellner, für diese Flasche keinen Bon auszustellen, vielmehr betrachte der Katschler diese Flasche Wein als Spende für Jörgiebel. Auf diese Weise wurde der Kellner um seinen hundertprozentigen Verdienst der 2 Mark machte, gebracht. Jörgiebel tat sich an der Flasche Wein gütlich, und als er aufstand, legte er dem Kellner einen Groschen (zehn Pfennig) als Trinkgeld hin.“

Diese Geschichte ist in der Tat nicht nur „kaum glaublich“, sondern auch un wahr. Trotzdem fand die SAZ sie so „glaublich“, daß sie sie abdruckte, obwohl die rote Fahne selbst schon zwei Tage vorher eine Berichtigung gebracht hatte, aus der hervorzog, daß an der ganzen Erzählerei auch nicht ein Wort wahr war, daß weder der Genosse Jörgiebel „eine Flasche besten Weines zum Preise von 20 Mark“ bestellt, noch den Kellner „um seinen hundertprozentigen Verdienst, der 2 Mark ausmachte, gebracht hatte“, noch dem Kellner „einen Groschen (zehn Pfennig) als Trinkgeld hinlegte“, vielmehr sei wahr, daß Genosse Jörgiebel, als er am zweiten Osterfestabend mit seiner Familie im Berliner Katschler war, „alles, was er mit seiner Familie gegessen und getrunken, in voller Höhe bezahlt hat und daß der Kellner von dem Gesamtbetrage von 13,20 Mark nach dem vorliegenden Duplikat her ausgestellten Rechnung die ihm zustehenden zehn Prozent in Höhe von 1,32 Mark als Bedienungsgeld erhalten hat.“

Wohl gemerkt: Das hatte die rote Fahne schon zwei Tage vorher, ehe die SAZ die Schmähnotiz aufgriff, berichtigt. Die SAZ selbst aber hat bis heute noch keine Gelegenheit genommen, ihren Schwandel zurückzunehmen. Wir begnügen uns mit der Feststellung dieser Tatsache und überlassen das Urteil über solche „Kampftat!“ der Öffentlichkeit!

Das 1. Konsumgenossenschaftliche Volksfest.

Uns wird mitgeteilt, daß der Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umg. anlässlich des „Internationalen Konsumgenossenschaftstages“ am Sonntag, dem 8. Juli d. J., ein großes Volksfest für seine Mitglieder veranstaltet. Das Programm ist so gehalten, daß Jung und Alt sich gern dieser Festlichkeit erinnern werden. Eingeleitet wird es durch einen Festzug. 500 Sänger unter der bewährten Leitung Paul Michaels und 100 Musiker unter Gustav Schüles Stad werden mitwirken. Außerdem wird die „Internationale Artisten-Loge“ mit den besten zur Verfügung stehenden Schaumunmern vertreten sein. Die Kinderspiele wideln sich unter Obhut der Kinderfreunde-

Die christliche Schule.



„Wer Recht ist, soll Recht bleiben!“

Wo ruft die Pflicht?

Ortsvereinsvorstände der SPD. Groß-Leipzig.

Freitag, den 16. Juni, im Volkshaus: Bericht vom Parteitag. Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Funktionäre.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Freitag, den 27. Mai, 1/2 20 Uhr, im Schloß Lindenau (Eingang Hühnerstraße): Sehr wichtige Sitzung. Alles erscheinen.

Tauscha. Heute, abends 1/2 20 Uhr: Fraktionsführung im Rathaus.

Plagwitz. Heute von 16 Uhr ab: Flugblattverbreitung. Volkmarodorf. Freitag, den 28. Mai, 20 Uhr: Sitzung im Kronprinz.

Frauen.

Löhnig. Wir treffen uns Freitag, den 27. Mai, 1/2 15 Uhr, an der W. zur Besichtigung der Großfläche.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Groß-Leipzig. Waldfest. Zur Probe für das Jugendspiel „Am Marterspfahl der Sioux“ werden noch einige Genossinnen und Genossen benötigt. Nächste Probe Freitag, den 27. Mai, 20 Uhr, im Volkshaus. Zur Jazzbandkapelle werden noch einige Musiker gebraucht.

Theatervorstellung. Am Montag, dem 30. Mai, findet im Alten Theater eine Jugendvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt „Wie es euch gefällt“. Karten hierzu sind im Sekretariat zum Preise von 60 Pfg. zu haben.

Jugendherbergsotterie. Wir haben noch eine Anzahl Jugendherbergslose vorrätig. Die Lose werden von den Gruppen auf Kommission gegeben. Auf je 10 Lose wird ein Preis los gemacht. Preis 50 Pfg.

Mitteilungsblatt für Mai ist erschienen und kann von den Gruppen am Freitag entnommen werden.

Jugendtag zu Pfingsten in Jena. Alle Gruppen, die Pfingsten nach Jena fahren, wollen uns die genaue Zahl der Burschen und Mädels angeben, damit wir für genügend Quartiere Sorge tragen können. Werbi rege für diese Veranstaltung. Auf nach Jena!

Schule.

Elternrechte. Ab heute Mittwoch müssen an den Plakatsäulen unsere Plakate kleben. Bitte, prüft nach.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsgruppe Leipzig. Sonntag, den 20. Mai: Stellen 1/2 10 Uhr Hauptbahnhof, Ostseite, zum Wettbewerb in Volkshaus. Fahrpreis 1,40 Mark. Gesellschaftsfahrt unmöglich. Wer an der Elternratswahl als Funktionär beteiligt ist, erfüllt seine Pflicht dort. Alle Wahlberechtigten gehen Punkt 9 Uhr erst zur Wahl. Rückkehr 19 Uhr 43 Min.

Gemeinschaft Kinderfreund.

Kinderchor Dtt-Südost. Freitag, 1/2 18 Uhr: Übungsstunde in der Schule.

Wt-Leipzig. Zur Helferschaft am Donnerstag treffen wir uns 6 Uhr 15 Min. an der Osthalle des Hauptbahnhofs. Wir lesen Sonntagskarte bis Belgershain.

Mitglieder-Veranstaltungen

Viebertowitz. Freitag, den 27. Mai, 20 Uhr, im Schwarzen Koh: Mitgliederversammlung. Gemeindevorstandsmittwoch vom Genossen Schönfeld.

Wt-Leipzig. Morgen Donnerstag: Familienausflug nach Markleeberg. Treffpunkt 7,00 Uhr. Brücke Schlaufinger Weg, am Germaniabad.

Notiz einer Hausangestellten.

Eine Hausangestellte übersendet uns den nachstehenden Brief an die Arbeiterjugend. Die Arbeiterjugend ist zwar nur zu einem kleinen Teile in der Lage, das in dem Briefe gestellte heisse Verlangen nach mehr Freiheit der Erfüllung näherzubringen, wohl aber ist das Verlangen selbst nicht nur berechtigt, sondern seine Erfüllung unerlässlich. Die Hausangestellten würden auch nicht mehr unter so kulturwidrigen und qualvoll langen Arbeitszeiten zu leiden haben, wenn sie in großen Scharen sich der gewerkschaftlichen Organisation anschließen. Diese würde dann den „Hexenkraften“ wohl begreiflich machen, was sie den Hausangestellten nicht zumuten dürfen. Aber ist auch die Jugend nicht die Organisation, die den Hausangestellten ihr Los wesentlich erleichtern kann, der Brief wird dennoch nicht ohne Wirkung bleiben, um so mehr, als ja auch die übrige organisierte Arbeiterschaft dadurch erneut an ein Kapitel proletarischer Leidensgeschichte erinnert wird, das zu beheben, Aufgabe aller Gewerkschaften ist. Der Brief lautet:

Liebe Arbeiterjugend!

Wenn ihr am Sonnabendnachmittag oder am frühen Morgen des Sonntags hinauszieht in die herrliche, freie Natur, oder wenn ihr in der schönen, frischen Luft dahinwandert mit Singen und frohem Lachen, habt ihr da schon einmal daran gedacht, daß es tausende gibt, denen solches nie vergönnt ist? Wählt ihr, wer noch a l e etwas von 8- oder 10stündiger Arbeitszeit verspürt hat, wer noch täglich 15 und mehr Stunden ohne jede Pause arbeiten muß? Selbst während des Essens gönnt man uns keine Ruhe, sondern ruft oder klingelt, um zu- oder abzutragen. Das sind wir Hausangestellten. Aller 14 Tage haben wir einen Sonntagnachmittag frei; so ist es in Leipzig üblich. Wenn wir mit der Küche und dem Abwaschen fertig sind, können wir gehen; es ist gewöhnlich 1/2 3-4 Uhr. Oft hat aber „gnädige“ Frau noch diese oder jene Arbeit für uns; einmal noch rasch ein Paar Strümpfe stopfen; dann noch den Kaffeetisch decken oder dergl. mehr. Unsere Freiheit wird dadurch noch bedeutend gekürzt. Arbeit einmal selbst, ist es dann noch eine Freude, hinausgehen ins Freie, in den Wald? Kann man um diese Zeit noch daran denken, sich auch einmal in der herrlichen freien Natur, in frischer Luft auszurufen? Wenn ihr wieder hinauszieht in die Ferne, denkt auch einmal an uns, versucht ein-

mal, ob ihr einen Weg findet, um uns zu helfen, daß wir auch einmal mit euch hinauswandern, uns tummeln können in Wald und Flur. Denkt bei euren Kämpfen um die Arbeitszeit auch mit an uns, unsere Arbeitszeit ist vom frühen Morgen oft bis in die Nacht, und das wir Gefangenen gleich immer abhängig sind von den Launen der „gnädigen“ Frau, die mit „ihrem“ Mädchen macht, was sie will. Eine für viele.

„Ist Singen gesund?“

Zur Zeit des Frühlings und Sommers wird man immer mehr größere oder kleinere Gesellschaften aus den Großstädten wandern sehen als zu jeder anderen Jahreszeit. Alles will hinaus in die frische Natur und freut sich ihrer. Nicht selten sieht man größere oder kleinere Trupps, die mit fröhlichem Gesang dahinwandern. Es marschieren sich viel leichter beim Gesang; selbst ermüdete Wanderer fühlen keine Schwäche mehr, sobald ein schönes Marschlied angestimmt wird. Der ganze Mensch hebt sich und wird elastischer durch den Gesang. Kummer und Sorge wird verjagt, und wenn es auch nur für kurze Zeit ist. Das Singen ist aber auch in gesundheitlicher Beziehung für die Organe des Menschen von großem Vorteil; denn beim Singen erweitern sich die Brust, die Lungen; das Herz wird kräftiger angeregt; der Stoffwechsel hebt sich mehr, so daß Blutarmut und Lungenchwäche eventuell durch Singen ausgeglichen werden können. Speziell nervösen Personen, die sehr zur Melancholie neigen, sei warm empfohlen, sich öfter in gelungener Gesellschaft zu begeben. Nicht umsonst ist das Sprichwort geprägt: „Gesang erfreut des Menschen Herz.“ — oder: „Wo man singt, da laß dich ruhig nieder; böse Menschen haben keine Lieder.“ Eine Hauptsache ist, sollen die gesundheitlichen Förderungen des

Eltern-Unterhaltungsabende.

Heute Mittwoch, den 25. Mai:

im Schillerhöfchen, Gohlis; im Deutschen Haus, Markt, Lindenau.

Freitag, den 27. Mai:

im Schwarzen Jäger, Reuth; im Elstertal, Schleußig; im Neuen Gasthof, Rodau; im Goldenen Auer, Möckern; im Gesellschaftshaus, Schönefeld; in den Reichshallen, Elisabethstraße, Osten; im Albergarten, Anger; im Gasthof, Probstheida; in der Goldenen Krone, Connewitz; im Volkshaus, Leipzig.

Musikalische und gesangliche Darbietungen, sowie Sprechvor-, zehnjährige, Vorträge in ergebnisreicher Mundart, ein Schnellzeichner usw. werden die verschiedenen Feiern umrahmen.

Beginn: 1/2 8 Uhr.

Eintritt frei!

Es laden ein:

Die weltlichen Elternräte. Der Leipziger Lehrerverein

Gelanges erreicht werden, stets in trockener reiner Luft zu singen. In kalter, nasser oder nebliger Luft zu singen, wird immer schädlich sein; denn leicht können Entzündungen des Kehlkopfes und der Stimmbänder eintreten. Singen in liegender Stellung (wie es oftmals „junge Mädchen tun“) kann ebenfalls erhöhten Blutdruck nach dem Kopfe und nach der Schilddrüse hervorrufen, so daß sich evtl. Kröpfe entwickeln; ähnlich vom Schwimmsport. — Im allgemeinen aber ist Singen gesund; drum singe, wenn Gesang gegeben.

Banknotensklaven zu Kellamezwecken. Am Golde hängt, nach dem Golde drängt sich alles. Das Golde gilt natürlich auch für das Papiergeld. Diese Sucht nach Geld macht sich auch die Welt immer wieder zu eigen; durch die Herausgabe von Banknotenaufnahmen. Solche sind auch gegenwärtig wieder in größerer Zahl verbreitet worden. Trotz der vorhandenen Abwehungen zeigen diese Wägen, besonders wenn sie zusammengefaßt sind, eine Neugierigkeit mit den echten Noten, so daß es in einer Reihe von Fällen bereits Betrügern gelungen ist, sie zu Fälschungen zu verwenden. Es erscheint angebracht, das Publikum — insbesondere die gewerblichen Kreise — darauf hinzuweisen, daß nach § 360 Ziff. 6 StGB die Anfertigung und Verbreitung von Banknotenfälschungen, Anfertigungen oder anderen Druckfachen oder Abbildungen, welche in der Form oder Verzierung dem Papiergelde ähnlich sind, strafbar ist. Aber wer sich durch solche Wägen täuschen läßt und sie als Geld in Zahlung nimmt, trägt sich selbst. Er ist wenn es ihm nicht gelingt, den Betrüger zu erwischen, seine Ware und eventuell das bel. Zahlung herausgegebene „Wechselgeld“ obendrein los. Also Vorsicht!

Gaujugendtreffen des J. d. A. Während der Pfingstfeiertage veranstaltet der Gau Sachsen im Zentralverband der Angehörigen ein Gaujugendtreffen in Mittweida. Pfingstsonnabend Jugendführertagung. Sonntag früh Morgenfeier. Nachmittags sportliche Wettkämpfe, freie Jugendspiele und Volkstänze. Bei Dunkelheit Feuertanz. Montag vormittag wird ein beruflicher Wettkampfbetrieb in die Bildungsarbeit der Jugendgruppen gewöhren. Außerdem freie Wanderfahrt durch das Jhospताल. Den Ausklang wird eine Schlußfeier geben. Abfahrt Sonntag früh 6,40

Uhr; Kosten einschließlich Fahrgehd, Uebernachtung und Verpflegung 5 Mark). Anmeldungen bis zum 31. Mai im Jugendsekretariat, Leipzig, Feltzstraße 3, 1.

W. J. Reznicek's „Holofernes“ ist eins der wenigen neueren Musikdramen, das starke Bühnenwirkung und seltene musikalische Werte aufweist. An keiner Stelle erbricht das Orchester die Singstimmen, so daß der Hörer ohne Schwierigkeiten dem dramatischen Geschehen folgen kann. Die Aufführung der Oper mit Zimmer als Holofernes und Janowsta als Judith für die Anreißer des W. J. findet Freitag, 27. Mai, 19,30 Uhr, im Neuen Theater statt. Karten zu 2,50, 1,75, 0,90 und 0,60 Mk. sind in allen Geschäften, Stellen und Braufr. 17, II, zu haben.

Volkshochschule Leipzig. Vom Volksbildungsamt wird mitgeteilt: Der nächste Wirtschaftliche Auspracheabend des Kurses Hermann findet am Mittwoch, 25. Mai, 20 Uhr, im Saale der Volkshochschule, Feltz Straße 28, statt. (Eingang durch die Stadt-Bücherhalle). Thema: „Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkt.“

Ausstellung deutscher Auswanderungsliteratur. Die Ausstellung ist in den Räumen des Instituts für Auslandsunde, Grenz- und Auslandsdeutschum (Gohlis, Friedrich-Karl-Str. 22) werrtags von 10 bis 12 und von 15 bis 17 Uhr unentgeltlich geöffnet. Sonderinteressenten, die ihre Auswanderungsvorhaben mit der Auswanderungsberatungsbücherei beim Institut besprechen wollen, stehen außer den ausgestellten Büchern auch die Bestände der etwa 17.000 Bände fassenden Institutsbücherei zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Vogelstimmenführungen. Das Naturkundliche Heimatmuseum am Fleischerplatz (Eingang Lorchingstr. 3) veranstaltet am Himmelfahrtstag zwei Führungen zum Studium der Vogelstimmen in den südlichen Auenwald, und zwar um 7 Uhr vom Bismarckdenkmal (P. Leonhardt) und zu gleicher Zeit von der Connewitzer Kirche aus (H. Gerber). — Das Museum ist am Himmelfahrtstag von

Kriesschlange nützlich im Zoologischen Garten. Freitag, den 27. Mai, 19,30 Uhr, werden im Zoologischen Garten Kriesschlange gefüttert. Diese Fütterung gehört mit zu den selteneren Ereignissen, da sie im Winter so gut wie gar nicht und im Sommer nur in sehr seltenen Fällen erfolgt. Der Zutritt zu den Kriesschlange n ist in der angegebenen Fütterungszeit nur erwachsenen Interessenten und nur gegen eine besondere Gebühr gestattet.

Das Mai-Fest der Monatschrift Leipzig, mit dem der 3. Jahrgang abgeschlossen wird, ist schon erschienen. Es enthält illustrierte Aufsätze über „Eugen Hamann, ein Leipziger Maler“, von Dr. Anna Strümpell, ferner Louis Corinth zur Gedächtnis-Ausstellung im Leipziger Künstlerverein“, von Dr. Schöpel, „Ein interessantes Urteil der Times über das Leipzig vor 50 Jahren“, einen Aufsatz über „Leipzigs verkehrsgeographische Lage“, von Dr. Lange und „Einiges über Frau Professor Gottschub“, von B. Eitner. Aus dem weiteren Inhalt seien erwähnt: „Leipziger Musikleben“, „Rautkriesschlange“, „Gruftstätten“, von Dr. Walter Lange, „Leipziger Theaterbilder“ u. a. m.

Die Verkehrslehre für Blinde und Erlaubte wird jetzt in besonders dauerhafter Weise hergestellt, indem die drei schwarzen Kreise in das gelbe Feld eingewebt werden. Blinde können derartige Binden von der Geschäftsstelle des Reichsdeutschen Blindenverbandes, Berlin O 27, Dirlsdorfstr. 2, zum Preise von 40 Pfg. beziehen. Es ist aber zu empfehlen, um Post- und Verbandskosten zu ersparen, Bestellungen gemeinschaftlich zu machen.

Bäder geschlossen. Zur Himmelfahrt sind die städtischen Hallen- und Volksbäder geschlossen. Die Sommerbäder sind dagegen geöffnet.

Verkauf von Pfingstmäien. Als Maß für den Verkauf von Pfingstmäien am Sonnabend vor dem Pfingstfest (4. Juni) hat der Rat wieder den Schulplatz bestimmt.

Wettbewerbs-Rammer. Ob nicht Probe findet, nicht Sonntag, den 20., sondern Donnerstag, den 26. Mai (Himmelfahrt), 19,30 Uhr, im Volkshaus statt.

Zusammenstoß zweier Kraftfahrer. Heute vormittag, kurz nach 10 Uhr, stießen an der Kreuzung Rautschlager Steinweg, Thomastorus, Frankfurter und Leibnizstraße zwei Kraftfahrer zusammen. Die beiden Kraftfahrer hatten die Gewalt über ihr Fahrzeug verloren, wurden von ihren Rädern geschleudert und obenbrein von einem gerade die Kreuzung passierenden Straßenbahnzuge ein Stück fortgeschleift. Trotzdem kamen sie mit verhältnismäßig geringen Verletzungen davon. Die Kraftfahrer dagegen wurden vollständig demoliert.

Polizeinachrichten

Schwere Unfall. Am 21. Mai, gegen 20 Uhr, wurde am Burgplatz, am Eingange der Hugo-Licht-Straße, ein Kaufmann von einem Radfahrer angefahren. Der Kaufmann hatte in Begleitung seiner Braut die Fahrbahn der Hugo-Licht-Straße überquerten wollen. Durch den Zusammenstoß stießen beide mit dem Kopfe zusammen und stürzten auf die Straße. Der Angefahrene mußte, da er benimmungslos war, ins Krankenhaus St. Jakob überführt werden, während der Radfahrer Wunden über dem linken Auge und am linken Beckenknochen erlitt, die genäht werden mußten. Zeugen dieses Unfalles werden gebeten, sich beim Kriminalamt zu melden.

Grober Unfug. In der Nacht zum 22. Mai wurde der zum städtischen Freibad an der Zepelinbrücke gehörige Rettungstahn von einem Radfahrer angefahren. Der Radfahrer wurde, auf dem Wasser treibend, wiedergefunden. Der aus der Erde herausgerissene Stempel, an dem der Kahn verankert war, hing an einer Kette am Kahn. Das Siechuder des Rahmes konnte bisher nicht gefunden werden. Derselbe Unfug ist bereits einmal verübt worden. Alle Radfahrer, die zur Ermittlung der Täter führen können, wollen man dem Kriminalamt mitteilen.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte: K o l t e: Malizer Saufraten mit Knödeln
Morgens: Schweinskottlett mit Rotkohl und Kartoffeln 1,20
Mittags: Bouillonnade mit Spargel 1,20



Sie werden köstlich erfrischt

an warmen Tagen oder nach Anstrengungen durch den Genuß aromatischer und nahrhafter Süßspeisen

Dr. Oetker's Rote Grütze
und Dr. Oetker's Götterspeise

lassen sich einfach und schnell herstellen und munden, aufgetragen mit Vanille-Milchsaße aus Dr. Oetker's Vanille-Soßenpulver ganz vorzüglich.

In allen einschlägigen Geschäften nur in Originalpackungen (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Hellskopf“ zu haben. Verlangen Sie ebendasselbe das neue farbige illustrierte Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F für 15 Pfg. wenn nicht vorrätig, gegen Einsendung von Marken von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.



Warenabgabe
nur an Mitglieder!

Neuuntretende sind nach
Entrichtung von M. 1.00 Eintrittsgeld
sofort zur Warenentnahme berechtigt

KONSUM

VEREIN

LEIPZIG-PLAGWITZ U. UMG. E.G.M.B.H.

In den Kolonialwaren-Verteilungsstellen

Dänische Butter (die beste der Welt) 1/2-Pfund-Stück 1.00
Eier (frische gute Ware) Stück 0.10 / Inlandsseier (goldfrische Trinkseier) ... Stück 0.11

Röstkaffee  ist Ihr Getränk!

Aus unseren GGG-Fabriken

Kernseifen

GGG-Seife Spezialmarke, parf., im Karton . 250-g-Doppelpf. 35,-
Fettseife extra Qualität, 80% Fettgehalt, parf., . 200-g-Doppelpf. 40,-
GGG-Spezialkernseife nicht gepreßt 20,-
Oranienburger Kernseife Ia glatt 1000-g-Riegel 96,-
Oranienburger Kernseife Ia glatt 500-g-Riegel 48,-
Oranienburger Kernseife Ia glatt 250-g-Riegel 24,-
Prima Spatkernseife gelb 1000-g-Riegel 96,-
Weiße Kernseife prima glatt 250-g-Stück 30,-
Elfenbeinseife gepreßt 125-g-Stück 15,-
Elfenbeinseife gepreßt 100-g-Stück 12,-
Bressant (Benzin) Seife 330-g-Stück 45,-

Feinseifen

Feinste Blumenseife Stück 12,-
Germanenseife eigene Marke des Konsumvereins 120-g-Stück 30,-
Badeseife 135-g-Stück 35,-
Span. Flieder hochfein, großes, ovales Stück 180-g-Stück 55,-
Mandelseife in Stannolverpackung Stück 15,-
Kinderbadeseife Stück 22,-
Lilienmilchseife Stück 28,-
Vanolinseife Stück 25,-
GGG-Buttermilchseife Stück 25,-
Nelkenseife Stück 30,-
Rasierseife 50-g-Stück 15,-
Allerfeinste Rasierseife in Stangen mit Stannol in Aluminiumdose Stück 45,-
Allerfeinste Rasierseife Erfahrungsstücke Stück 25,-

Waschmittel

Seifenflocken GGG das feinste und edelste Waschmittel für feine Wollschalen, Blusen, farbige Stoffe . Karton 40,-
Seifenpulver GGG 30% Fettgehalt . . 1/2-Pfd.-Paket 28,-
Seifenpulver GGG 15% Fettgehalt . . 1/2-Pfd.-Paket 18,-
Salmiak-Terpentinseifenpulver mit Seifenflocken, 20% Fettgehalt . 1-Pfd.-Paket 40,-

Schmierseifen

Terpentin-Salmiak-Schmierseife weich gebrannt, Pfd. 50,-
Elaïn-Schmierseife Ia gebrannt Pfund 45,-

Zahnpasta u. -wasser, Hautcreme, Kölnisch Wasser, Labendelwasser, Haarwasser in bester Beschaffenheit

Famos ist für unsere Mitglieder das richtige Sauerstoffwaschmittel, Paket 42 Pfennig

In den Warenhäusern

Zur Pfingst- u. Wanderzeit: Rucksäcke, Wanderkleidung, Kochgeschirre, Reisetaschen, Reisekoffer, gut und preiswert

In unseren 28 Fleisch-Verteilungsstellen

Bestes Schweinefleisch aus eigener Schlachtung / Rindfleisch und Kalbfleisch, frisch stets vorrätig
Dauerwurst Winterware, beste Qualität: Knackwurst, Pfund 2.20, Zerdelattwurst, Pfund 2.80, Salamitwurst, Pfund 2.80
Geräucherter Knochenschinken westfäl. Art, garant. Winterware, 1/4 Pfund 65 Pf., ganze Schinken Pfund 2.30

Feine Landleberwurst Pfund 0.88

Jeden Mittwoch: Frische Blut- u. Leberwurst mit Würstchen Portion 0.25

WERDET MITGLIED IM KONSUMVEREIN

Sächsischer Konsumgenossenschaftstag.

Am Montag sah der Dresdner Verbandstag seine Beratungen fort. Zunächst gab der Sekretär W. Geffarth den Bericht über die Entwicklung des Verbandes im Jahre 1926.

Während der Privathandel unter den veränderten Wirtschaftsverhältnissen und der geringeren Kaufkraft des Publikums über Umfahrlänge zu klagen haben, hat der Umsatz der Konsumgenossenschaften ein starkes Wachstum zu verzeichnen. An der Steigerung des Umsatzes waren alle Konsumgenossenschaften beteiligt, wenn auch mit verschiedenen Ausmaßen.

Der Verband zählt 117 Genossenschaften. Die 20-Millionen-Genossenschaften hatten einen Umsatz von rund 100 Millionen, während auf die übrigen 97 Genossenschaften ein solcher von 29 924 000 Mark entfällt.

Der wirtschaftliche Kampf, den unsere Gegner gegen uns führen, wird zu keinem Erfolge führen, da unsere Positionen denn doch zu fest gesichert sind. Das sächsische Gewerbesteuergesetz bestimmt ausdrücklich, daß die Konsumvereine, deren Warenabgabe sich auf ihre Mitglieder beschränkt, nicht der Gewerbesteuer unterliegen.

Dagegen werden wir uns mit allen Mitteln wenden. Wir verlangen kein Wohlwollen, sondern die Anwendung eines rechtlichen Begriffes. Wenn die höchste Instanz entschieden hat, daß die Konsumvereine keine Gewerbevereine sind, so haben sich die nachgeordneten Behörden danach zu richten.

Dann berichtete Sekretär Böhm über das Ergebnis der Revisionen. Neben 100 ordentlichen Revisionen wurden 5 Sonderrevisionen und 4 Revisionen bei Nichtverbandsmitgliedern vorgenommen.

Ein Zusatzantrag Fleißner hat folgenden Wortlaut: Über den Erfolg in der Durchführung dieser Bestimmungen ist jedem Verbandstag Bericht zu erstatten. Leipzig versichert, daß gegen die Genossenschaften, die durch beherrschende Nichtbeachtung der Verbandsbeschlüsse sich außerhalb des Verbandes stellen, scharf durchgegriffen werden wird.

Schließlich wurde der Antrag der Oberlausitzer Wirtschaftsgenossenschaft gegen 9 Stimmen angenommen. Der Zusatzantrag Fleißner fand ebenfalls gegen wenige Stimmen Annahme.

Entscheidungen

Nach den Entscheidungen auch der höchsten Gerichte sind Genossenschaften keine Gewerbebetriebe. Auch das sächsische Gewerbesteuergesetz vom 30. Juli 1926 erklärt im § 4 Abs. 2 ausdrücklich, daß Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt bleibt, der Gewerbesteuer nicht unterliegen.

Trotz dieser gesetzlich verbürgten und allgemein geltenden Rechtsauffassung ist eine Anzahl der dem Verbands sächsischer Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften zur Gewerbesteuer veranlagt worden.

Der 60. ordentliche Verbandstag des Verbandes sächsischer Konsumvereine erhebt gegen diese, auch der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes widersprechenden Handhabung des Gewerbesteuergesetzes scharfsten Protest und erwartet von der Landesregierung und dem Landtage, daß die Ausführungsbestimmungen zum Gewerbesteuergesetz dem Wesen der Konsumgenossenschaften entsprechen und die Heranziehung zur Zahlung der Gewerbesteuer ausschließen.

Die Zollschußpolitik der Reichsregierung und ihre Nachsicht gegenüber den weit verbreiteten Wünschen des Kartellwesens bringen eine fortgesetzte Verteuerung der Lebenshaltung und somit eine Minderung der Kaufkraft der Verbraucher mit sich. Die Stärkung der Kaufkraft der verbrauchenden Bevölkerung muß jedoch als die wichtigste Voraussetzung für die Wiedergeburt der deutschen Wirtschaft gelten.

Die Aufgabe der Konsumgenossenschaften besteht darin, die Wirtschaft der Verbraucher für eine günstige Bedarfsdeckung zu heben. Diese Aufgabe kann nur dann in genügendem Maße erfüllt werden, wenn jede ungerechte Belastung der Verbraucher und ihrer Vereinigungen vermieden wird.

Gegen wenige Stimmen wurde der Ausschluß der Genossenschaft Neuwiese wegen Mißachtung und Beiseiteschiebung der Verbandsinstanzen beschlossen.

Die Verbandsrechnung wurde richtigesprochen und dem Vorlande einstimmig Entlastung erteilt.

Die Verbandsbeiträge wurden für 1927 auf 50 Tg. pro tausend Mark Umsatz festgesetzt.

Bei den Wahlen wurde der Geschäftsführer Viktor Kiepsch, Dresden, in dem Vorstand gewählt, wiedergewählt. In den Ausschüssen wurden Geschäftsführer Richard Richter, Riesa, wiedergewählt, und Wilhelm Fischer, Leipzig-Plagwitz, neugewählt.

Die Auslosung von zehn Vereinen zur Besichtigung des Genossenschaftstages 1927 in Eisen hatte folgendes Ergebnis: Rensfeld, Rodau, Rochitz, Zschopau, Neuhörsnerberg, Eichenstein, Callberg, Jchorskau, Mülsen-St. Jakob, Riesa, Auerbach.

Der nächste Verbandstag soll in Chemnitz abgehalten werden.

Neue Verhandlungen über die Regierungsumbildung.

Die bürgerliche Presse läßt sich aus Dresden melden, daß am kommenden Freitag neue interfraktionelle Verhandlungen der Regierungsparteien stattfinden, um Stölung zu nehmen zur Umbildung der sächsischen Regierung. Die Leipziger Neuesten Nachrichten knüpfen daran den Wunsch, daß diese Verhandlungen hoffentlich die beteiligten Parteien einander näherbringen. Daß für eine weitere Annäherung schon bestimmte Anzeichen vorhanden sind, geht aus

folgendem hervor. Einer der Prominentesten, der Finanzminister Weber, hat auf einer Tagung der Reichspartei des deutschen Mittelstandes am vergangenen Sonntag in Jwidaun ausgeführt, daß die Wirtschaftspartei die bisherige lokale Unterstützung der Deutschnationalen anerkenne und bereit sei, ihrerseits zu dem gegebenen Versprechen zu stehen, eventuell zu gegebener Zeit die Konsequenzen zu ziehen. Außer der Wirtschaftspartei haben sich sicher auch die Demokraten für eine weitere Annäherung an die Deutschnationalen und ihre Aufnahme in die Regierung entschieden.

Nach alledem ist mit Bestimmtheit zu rechnen, daß am kommenden Freitag der Wunsch der Leipziger Neuesten Nachrichten, daß es zu einer weiteren Annäherung kommen wird, in Erfüllung geht. Mag Hecht und seine Getreuen werden bei dieser Annäherung bestimmt nicht hinderlich sein.

Um die Dresdner Bürgermeisterwahl.

Die bürgerliche Presse brachte in den letzten Tagen Meldungen über die Wahl eines zweiten Bürgermeisters in Dresden. Danach soll die Stelle eines zweiten Bürgermeisters dem rechtsübertragenden Stadtrat Köppen, dem jetzigen Leiter des Finanzamtes, übertragen werden. In Verbindung damit wird auch die Wieder- oder Neubesetzung des dritten Bürgermeisterpostens gebracht.

Die Militärvereine wollen wallfahren gehen.

Am Himmelfahrtstage veranstaltet der Sächsische Militärvereineinsbund eine Fußpilgerfahrt nach Söbbsenort, um dort vom ehemaligen König August, der an diesem Tage sein 60jähriges Militärjubiläum feiert, im Garten des Schlosses empfangen zu werden.

Sachsen gegen die Portotaxerhöhung.

Die sächsische Regierung hat sich gegen die von der Reichspostverwaltung geplante Erhöhung der Portotarife ausgesprochen, da sie diese, wie die Sächs.-Böhmische Korrespondenz wissen will, im gegenwärtigen Zeitpunkt und in dem vorgeschlagenen Ausmaß nicht für richtig hält.

Schönes Schlimmes Ende einer Motorradfahrt.

In der Nacht zum Sonntag fuhr der Motorradfahrer Gartenstein aus Ringenthal mit seinem Freunde Frieder aus Sachsenberg auf der Staatsstraße Schönes-Hallenstein an eine eiserne Barriere. Beide Fahrer wurden heruntergeschleudert. Frieder war sofort tot; Gartenstein wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Annaberg. Neues Industrieunternehmen.

Auf Tannenberger Flur wird noch in diesem Jahre ein großes Industrieunternehmen entstehen, das Hunderten von Arbeitern des oberen Erzgebirges Beschäftigung gewähren dürfte. Die Vereinigten Glasfabriken in Eibfeld beschäftigen, auf Tannenberger Flur einen Kieselsteinbetrieb zur Bereitung von Kunststein zu errichten, in dem an 700 Arbeiter und Angestellte eingestellt werden sollen.

Advertisement for Tack shoes and stockings. Includes images of various shoe styles (Tack Pfingsten, Tack Luxus) and a list of prices for different models. Also features 'Giwera-Strümpfe' and the Tack logo.

Friedrich Krupp, Helene-Amalie und die guten Sitten.

Der holde Mai lockte die garten Gefühle bei Pflanze, Tier und Mensch, schafft Gaarung und neues Leben. Sogar die scheinbar feierlichen Kongresse der Schwerindustrie unterwerfen sich dem Naturtrieb und gehen neue Verbindungen ein, damit ihr Kapital weiter fliehe.

Am 17. Mai war Vortagabend in Essen. Friedrich Krupp und Helene-Amalie werden heiraten, nachdem sie sich am Silvesterabend 1920 bereits verlobt hatten. Der Bräutigam ist der bekannte Konzern, die Braut mit dem Doppelnamen eine der besten Steinkohlenwerke des Ruhrbezirks — eine tausendteilige Gewerkschaft. Ihre Gründer wollen Helene-Amalie nicht hergeben; sie meinen, der Schwiegerjohn könne die Braut nicht hoch genug ein und benehme sich als Hochzeiter zu knauserig. Er hat aber im Familienrat alles Gewerkschaftsversammlung die Stimmenmehrheit und pfeift als guter Demokrat auf das Gekenne der sich sträubenden Brauteltern. Nach kapitalistischem Recht und Gesetz gehörte ihm Helene-Amalie schon lange, sogar schon vor der Verlobung — die feierliche Trauung mit ihr ist nur ein veralteter Jopf.

Die kleine Tragödie in der Familie der Ruhrkapitalisten hat ganz profanische Ursachen — sie wurden in der Gewerkschaftsversammlung am 17. Mai nochmals erörtert. Von den 1000 Krugern der Gewerkschaft Helene und Amalie hat Krupp schon seit vielen Jahren die Mehrzahl im Besitz; gegenwärtig 911. Im Bestreben, die letzten Bestimmungen der Gewerkschaftsverfassung auszufüllen und mehr Ellenbogenfreiheit zu gewinnen, wurde von Krupp ein Interessengemeinschafts-Vertrag mit Helene-Amalie am 1. Januar 1921 abgeschlossen. Darin hatte Krupp den Gewerkschaften eine Jahresausbeute von 2750 Mark je Krug garantiert. Sie wurde auch treu und brav gezahlt, und die „freien“ Gewerkschaften konnten sich in den Inflationsjahren an den Zahlungen anfangs noch ein paar Zigarren, später kaum noch eine Schachtel Streichhölzer für die „Ausbeute“ kaufen. Den Aufwertungswünschen seiner Gewerkschaften gegenüber zeigte sich Krupp schwerhörig, so daß die geprellten Krugeneinhaber Klage anstrebten. Der Prozeß ist anscheinend noch nicht erledigt, aber für das Jahr 1925 hat Krupp — sozulagen als Vorbehalt — je Krug 500 Reichsmark ausgezahlt und bietet den Gewerkschaften für 1926 die gleiche Ausbeute an.

Auf der Gewerkschaftsversammlung wurde scharfe Kritik an solcher Gewinnverteilung geübt. Die „freien“ Minderheit opponierte heilig dagegen, daß von den für Ausbeutezahlung ausgeworfenen 500 000 Mark Krupp für sich allein 463 000 Mark behalte, allen anderen Krugeneinhabern aber nur 37 000 Mark abgebe. Das sei ein Butterbrot im Vergleich zu den 198 000 Mark, die ihnen vertraglich zuständen. Auf keinen Fall würden sie sich mit Krupps Angebot von 500 Mark abfinden, so ihnen pro Krug 2750 Mark nach dem Vertrag zu zahlen seien.

Am lustigsten ist es aber hergegangen wegen des Antrages der Firma Krupp, die Gewerkschaft Helene und Amalie sei aufzulösen und im ganzen zu verkaufen —

natürlich an Krupp — für 30 Millionen Mark. Nach diesem Antrag würden die freien Gewerkschaften ihre Krüge an den Käufer abgeben müssen und je Stück 30 000 Mark erhalten. Den Gewerkschaften ist das zu wenig. Sie rechnen den Kruppverträttern vor, daß bei diesem Handel 20 Millionen Mark Gewinn für Krupp abfallen würden. Davon müßten sie als die Gründer der Gewerkschaft auch etwas bekommen, weshalb sie 55 000 Mark für den Krug verlangen. Interessante Einzelheiten sind in der 2½stündigen Debatte genügend ausgetraut worden. Ein Gewerkschafts-Vergleich zwischen der Bilanz von 1913 und der von 1926 — letztere ist aufgestellt von dem durch Krupp „gewählten“ Grubenvorstand. Einige Zahlen:

	1913	1926
Bergwerks-Gewerkschaft	14 800 000 M.	1 147 153 M.
Anlagen, Gebäude, Maschinen usw.	30 100 000 M.	14 000 000 M.

Allein bei diesen zwei Posten ergibt sich eine Differenz in der Bewertung von rund 30 Millionen Mark zugunsten des Käufers Krupp. Nicht vermindert hat sich der Wert, sondern erhöht! Das Wertvermögen wurde vergrößert, ein neuer Schacht ist fertig, gebaut und die Beteiligungsziffer beim Kohlenyndikat bedeutend erhöht worden. Auch der Grundbesitz von Helene-Amalie hat sich seit 1913 vergrößert; im Essener Stadtbezirk sind 128 Morgen neu hinzugekommen, die bei den dortigen Bodenpreisen einen gewaltigen Wertzuwachs darstellen. Der Grundbesitz der Gewerkschaft umfaßt 713 Morgen im Werte von 14,60 Millionen Mark — er steht aber mit nur 1,73 Millionen Mark zu Buche! Hier ist ein Beweis für die „vorsichtige Art“, mit der die Krupp und Genossen nach Einführung der festen Währung ihre Goldmark-Eröffnungsbilanzen aufgestellt haben!

Dem Leiter der Gewerkschaftsversammlung und den anwesenden Kruppdirektoren wurden eine Reihe recht kluger Fragen vorgelegt, die entweder gar keine oder eine ausweichende Beantwortung fanden. Unter anderem: „Was hat Krupp für seine 911 Krüge in die Gewerkschaftskasse gezahlt?“ — „Wie kommt es, daß in der Bilanz nur 1301 Mark an Beteiligungen stehen, wo Helene-Amalie doch am Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk, an der Teerwertverwertung und anderen Gesellschaften beteiligt ist?“ — „Welchen Wert berechnet man für die 2300 Wertwohnungen und was hat der Bau des Schachtes Barbara gekostet?“ — „Welche Entschädigung ist an die Gewerkschaft gezahlt worden für die von den Franzosen beschlagnahmten Kohlen- und Kalkmengen?“ —

Die vorwichtigen Fragesteller werden nicht so bald eine ausreichende Antwort bekommen. Denn die Anträge Krupps wurden mit 911 gegen 64 Stimmen angenommen. Es hat also nichts genützt, daß ein Gewerkschafter vorher sagte, „die Annahme der Krupp-Anträge setze gegen Treu und Glauben — andere würden sagen, gegen die guten Sitten!“ Die überstimmen freien Gewerkschaften haben zwar Protest eingelegt, wollen das Schiedsgericht anrufen und auch die Aufwertungsklage weiterreiben, aber viel helfen wird ihnen das alles nicht. Die Liquidation der Gewerkschaft wird vorgenommen, Krupp kauft den Krumpel für ein Trinkgeld und amüsiert sich auf Wilsa Hügel über das fruchtbare Mal-lüsterl.

Die Firma Krupp ist auch in diesem Falle wieder mal Krugheizerin des Patriotismus geworden! Ein Ge-

werke erzählte nämlich in der Versammlung, der ursprüngliche Entwurf zum Verträge mit Krupp habe für die Ausbeute die Dollarberechnung vorgelegen. Die Gewerkschaft hätten aber aus patriotischen Gründen die Dollarlausel fallen lassen, damit das Ausland keinen zu schlechten Eindruck von der deutschen Wirtschaft bekomme. Damit wieder einmal erwiesen ist, daß wahrer Patriotismus immer auf den passenden Dant rechnen kann.

Wie es heißt, wird Krupp die beiden Helene und Amalie, Eilher Neudack und Emscher-Lippe in eine neue Gewerkschaft „Essen“ zusammenlegen. Bisher gehörte Emscher-Lippe der Firma Krupp nur zur Hälfte — die Hälfte der anderen Hälfte wechselten mehrmals. Vom Norddeutschen Lloyd übernahm sie der Phönix und wurde von diesem vor einem Jahr in den Stahltrust eingebracht. Anscheinend ist Krupp jetzt alleiniger Besitzer, was ein weiterer Beweis dafür wäre, daß der arme die Staatszuschüsse für seine Siegerländer Ergruben wirklich nötig hatte. H. T.

Rundfunkprogramm

Leipzig.

Freitag, den 27. Mai. Wirtschaft. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise; amerl. Metallmengen des Vorabends. 12.50 und 13.30 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen. 14.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del. Natig. 15.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktensätze amtlich. 16 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wiederholung von 14.45 und 15.25 Uhr und die laufenden Produktensätze. Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schmelz. 16.00 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle und Landwirtschaft und Mitteilungen des Leipziger Reichsanzeigers für Handel und Industrie. 17.15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen. 18 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Letzte Notierungen. Unterhaltung und Belehrung. 10.05 Uhr: Vertretersunt und Wetterdienst. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto). 12 Uhr: Mittagskonzert des Leipziger Sinfonie-Orchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 15 bis 15.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Professor Dr. Amiel und Oberlehrer Westermann: Einheitsstufenschrift für Fortgeschrittene. 16.30—18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Dr. F. A. Duote. 18.05—18.30 Uhr: Vespere aus den Neuerscheinungen auf dem Blüchermarkt. 18.30 bis 18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studentrat Frießel und Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 19—19.30 Uhr: Vortragsreihe: „Die Buchkunst unserer Tage.“ 3. Vortrag. Prof. Dr. Feiler: „Die moderne Buchkunst.“ 19.30—20 Uhr: Prof. Dr. Weidmann: „Kunstliches Weiter.“ 20 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 20.15 Uhr: Kleine Künstlerpiele. Mitwirkende: Thea Went, Harry Langewisch, Tagbio Kondziella, Clara Christen und Mitglieder des Leipziger Rundfunkorchesters. Darin ein Stück von Herbert Eulenberg: Messalina. Ein Zwiegespräch über die Ehe. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.15—24 Uhr: Tanzmusik. Jeugner-Freudenberg-Orchester. Hauskapelle Dunapar. Sonnabend, den 28. Mai, Jahrtausendfeier in Nordhausen. Leipzig überträgt nur von 11 bis 12 Uhr, Königswusterhausen den gesamten Festakt von 11 bis 13 Uhr.



KONSUM

VEREIN

LEIPZIG-PLAGWITZ U. UMG. E.G.M.B.H.

Sonntag, den 3. Juli 1927

1. Konsumgenossenschaftliches Volksfest

auf dem Gelände der Technischen Messe
(Reitzenhainer Straße)

Unsere Mitglieder nehmen alle daran teil

Aus dem Programm:

Umzug des Fuhrparkes — Großer Festzug der Mitglieder und Kinder

Unterhaltung für Erwachsene und Kinder

Mitwirkende: Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Leitung Paul Michael (ca. 500 Sänger) — 100 Musiker
Leitung Musikdirektor G. Schütze — Internationale Artistenloge — Gemeinschaft der Kinderfreunde

Erfrischungen und Geschenke für Kinder

Teilnehmerkarten für Erwachsene 30 Pfennig, für Kinder kostenlos, ab Dienstag, den 7. Juni 1927, in unseren Verteilungsstellen — Vom gleichen Tage ab liegen auch die Einzelzeichnungslisten in den Verteilungsstellen aus



INTERNATIONALE BUCHKUNST-AUSSTELLUNG

LEIPZIG 1927 28. MAI-30. SEPTEMBER TÄGL. 10-7 UHR



Neues Theater.

Wagners Opern... Mittwoch, den 25. Mai 1927

Teuca.
Musiktheater in 3 Akten von J. Corbau, 2. Akt
und 3. Akt, deutsch von Max Kallbein,
Musik von Giacomo Puccini.
Opern-Operette
Musiktheaterleitung: Odgar Braun
Schauspielleitung: Felix Hoffmann

Der Ruf des Meeres
Einfaches Drama in einem Akt nach dem Schan-
spiel v. M. Sponne, 'Ruf des Meeres'
Mittel und Text von Felix Hoffmann
Mittel und Text von Felix Hoffmann
Musiktheaterleitung: Odgar Braun
Schauspielleitung: Felix Hoffmann

Das Zauberwort
Eine lyrisch-phantastische Begebenheit in 2 Akten
Dichtung von Colette. Deutsche Übersetzung
von Egon Hoffmann. Mittel und Text von Felix Hoffmann
Musiktheaterleitung: Odgar Braun
Schauspielleitung: Felix Hoffmann

Die Bohème
Komposition: Richard Taubert
Mittel und Text von Felix Hoffmann
Musiktheaterleitung: Odgar Braun
Schauspielleitung: Felix Hoffmann

Schillerschlöbchen
Leipzig-So., Monckstraße 43
Straßenb. 6, 7, 9, 12, 20 Fernspr. 50378
Morgen:
Großer Himmelfahrts-Ball
Da ist Betrieb!
Sonnabend, 26. Mai:
Großer Frühlings-Ball.
Biliger Tanz-Abend.
Eintritt 50 Pfg. Tanz frei.

Palmen-Garten
mit dem weltberühmten Palmenhaus
Roldorn-Allee in schönster Blüte
Morgen Himmelfahrt ab 7 Uhr:
Großes Park-Konzert
ausgeführt vom Leipziger-Tonkünstler-Orchester Schmidt-Elsky
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im großen Saal statt
Abends 1/2 8 Uhr
Vornehmer Gesellschafts-Ball
Kein Tanzgeld! - Konzertmeister Waldo Oltersdorf - Kein Tanzgeld!
Morgen Freitag billiger Tag
Dauerkarten von jetzt ab gültig bis 31. März 1928.

Luna-Park
Morgen, zum Himmelfahrtstag: Familienbad eröffnet!
Täglich: Strand-Konzerte.
Ab 3 Uhr vor dem Hauptrestaurant
Gr. Militär-Konzerte
Ausgef. von der Kapelle des III. Bat. I. R. 11. unter pers. Leitung des Herrn Obermusikmtr. Bier
Ab 5 Uhr im dekorierten Festsaal
Frühlings-Ball-Fest
mit Leipzig's populärster und stärkster Jazzband-Kapelle
Zeuner-Freudenberg
Tanz frei! Saal-Eintritt: Damen 80 Pfg., Herren 1.- Mk. Tanz frei!
Rudorff u. Motorboot-Fahrten - Luna-Express - Belustigungen aller Art
Strassenbahn 17, 19, 21 Endst. Leitzschkau (Rathaus) - Autobus nach Bad. Lindenpark

FORSTHAUS RASCHWITZ

INHABER PAUL WUTTKE / FERNSPRECHVERBINDUNG NR. 37530/31

Eröffnung
heute Mittwoch, den 25. Mai
Täglich 5 Uhr Tanztee
Kapelle Alexander Wanschuroff

Diners / Soupers / à la carte / Grill / Restaurant / Gartentanzdiele / Gesellschaftssaal / Autohalteplatz

Himmelfahrt Fortuna-Bark

nach dem wunderbaren **Fortuna-Bark**
BÖHLEN BEI LEIPZIG FERNRUF: RÖTHA 25

Die großen herrl. Anlagen in voller Frühlings- u. Fliederpracht!

Vornehme Gasträume u. Terrassen / Tägl. Künstlermusik
KAFFEEZUG: 14.19 ab Bayrischer Bahnhof, 15.39 ab Hauptbahnhof

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut.

Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr.
Neues Theater, **Holophaea**, Oper
von Reinald, Musiktheaterleitung
für Bezirk Oken, Geschäftstellen 41-60.
Einzelplatz 2.50, 1.75 Mt., 90, 60 Pfg.
Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 Uhr.
Neues Theater, **Madame Butterfly**
Musiktheaterleitung für Bezirk
Belten, Geschäftstellen 28-40. Sen-
ium-Süden 1-25, Norden und Aus-
wärtige 56-74. 2.50, 1.75 Mt., 90,
60 Pfg.
Freitag, den 10. Juni, abends 8 Uhr.
Altes Theater, **Moral**, Musikthe-
aterleitung für den Bezirk Oken,
Geschäftstellen 41-65. Einzelplatz
1.75 Mt., dritter Rang 40 Pfg.

Kleines Theater

Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Ein köstlicher Abend
Wiener Humoresk
Die zwölfte Woche verlängert!
**Franz Schubert
und die Frauen!**
Wiener Volksstück mit Gesang
in 3 Akten
Musik von Franz Schubert.
Mit Orchester.
Rechtzeitige Karten bestellen!

Weißer Wand

Heute letzter Tag
Die 5 Frankfurter
Die Geschichte
einer Milliardärfamilie
Ab morgen Donnerstag
Rin-Tin-Tins
Todesruf in der Nacht
Ein kolossal spannendes
Abenteuer.
Ferner:
**„Se. Durchlaucht
der Herr Barbier“**
Ein köstl. Lustspiel in 5 Akten
Donnerstag und Sonntag, 20 Uhr
Große Jugendvorstellung

VOLKSHAUS

Jeden Abend ab 6 Uhr:
Hochfeine
Thüringer Bratwurst
vom Rost
aus eigener Fleischerei

Reichsverweser

Kleinzschocher.
Inhaber: Emil Baumann
Morgen: Großer Himmelfahrtsball.

Verlangen Sie:

SÖHNE
ZIGARETTEN
Die Söhne Zigaretten sind nach dem Weltmarkt die besten und besten Zigaretten!
Die Söhne Zigaretten sind die besten Zigaretten unserer Fabrik.
JASMATZI & SÖHNE, DRESDEN
wohlgeachtet und Söhne
AB GROSSEM VORRAT ZUR VERFÜGBARKEIT
AUGUST DER STARKE 10,-
HÄNSOM 8,-
GRÄFIN MARIZA 6,-
DOLOMIT 5,-
Nehmen wir dieses Fabrikzeichen
und in unseren Packungen dieses Bild
NUR ECHT MIT BILD JASMATZI SENIOR

Altes Theater.

Richard Wagner-Opern... Mittwoch, den 25. Mai 1927

Der Patrie
Drama in 3 Akten von Alfred Soumault
In Szene gesetzt von Felix Hoffmann
Musiktheaterleitung: Odgar Braun
Schauspielleitung: Felix Hoffmann

Spanien
Drama in 3 Akten von Alfred Soumault
In Szene gesetzt von Felix Hoffmann
Musiktheaterleitung: Odgar Braun
Schauspielleitung: Felix Hoffmann

Die Bohème
Komposition: Richard Taubert
Mittel und Text von Felix Hoffmann
Musiktheaterleitung: Odgar Braun
Schauspielleitung: Felix Hoffmann

MÖBEL
TEILZAHLUNG
an- u. 20 Monats-
zahlung
Schlafzimmer und Küchen,
Speise- u. Herrenzimmer
Betten, Chaiselongues, Sofas
Tische, Schränke, Waschtischen,
Federbetten und Inlets
Stopp- u. Divandecken
Teppiche u. Linoleum
Ritter & Co.
Reichstr. 63
Kredit auch ohne Anzahlung

S. Seidel-Sänger

S. S. Singspiele
Thomaskirchhof 16
Täglich abends 8 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Seidel-Sänger
Der Abschieds-Spielplan
übertritt alles Bisherige!
Endlose Lachstürme!
Höhepunkt der Komik!

Sollen die Sozialrentner geprellt werden?

Nachdem unter dem Druck der Sozialrentner die von der Sozialdemokratischen Partei dem Reichstage abgezwungene Erhöhung der Invalidenrenten vom 1. Juli ab den Sozialrentnern einige wirtschaftliche Ersparnisse bringen sollte, zeigt das Verhalten der Bezirksfürsorgeverbände, daß sie nicht gewillt sind, diese Erhöhungen den Rentnern zuzulassen.

keinen Pfennig mehr als vorher.

Vergleicht man hierzu das Verhalten der Reichsregierung den Kleinrentnern gegenüber, so wird verständlich, warum die Arbeitslosen in immer größerer Verbitterung geraten.

Bezeichnend ist das Verhalten der städtischen Fürsorgeverbände zu diesem Gesetzentwurf der Reichsregierung an die Kleinrentner. Sie lehnen diese Anwendung deshalb ab, weil sie dieselbe für bedenklich halten.

Welches sind nun diese Bedenken?

Sie bestehen nicht etwa darin, daß die Kleinrentner zuviel erhalten würden, sondern darin, daß die Sozialrentner dann ihre Ansprüche anmelden würden, um zu denselben Bezügen zu kommen.

Unterhaltungspflicht der Kinder

aufgeräumt werden. Es geht nicht an, die Familienväter, die selbst für ihre Nachkommenschaft sorgen müssen, zu zwingen, für ihre Eltern einzutreten, so daß der eigene Unterhalt gefährdet wird.

Der Schatz der Sierra Madre.

Von E. Traven.

Copyright by Wilhelmshilde Gutenberg, Berlin 1927. Barber sagte: „Es ist gerade Mittag, wir könnten eigentlich zu einem Teller rauffahren. Vielleicht fällt ein Mittagessen ab.“

macht werden. Es zeigt sich immer mehr, daß die gesamte Politik des Bürgerblocks auf Kosten der sozial Schwachen sparen will.

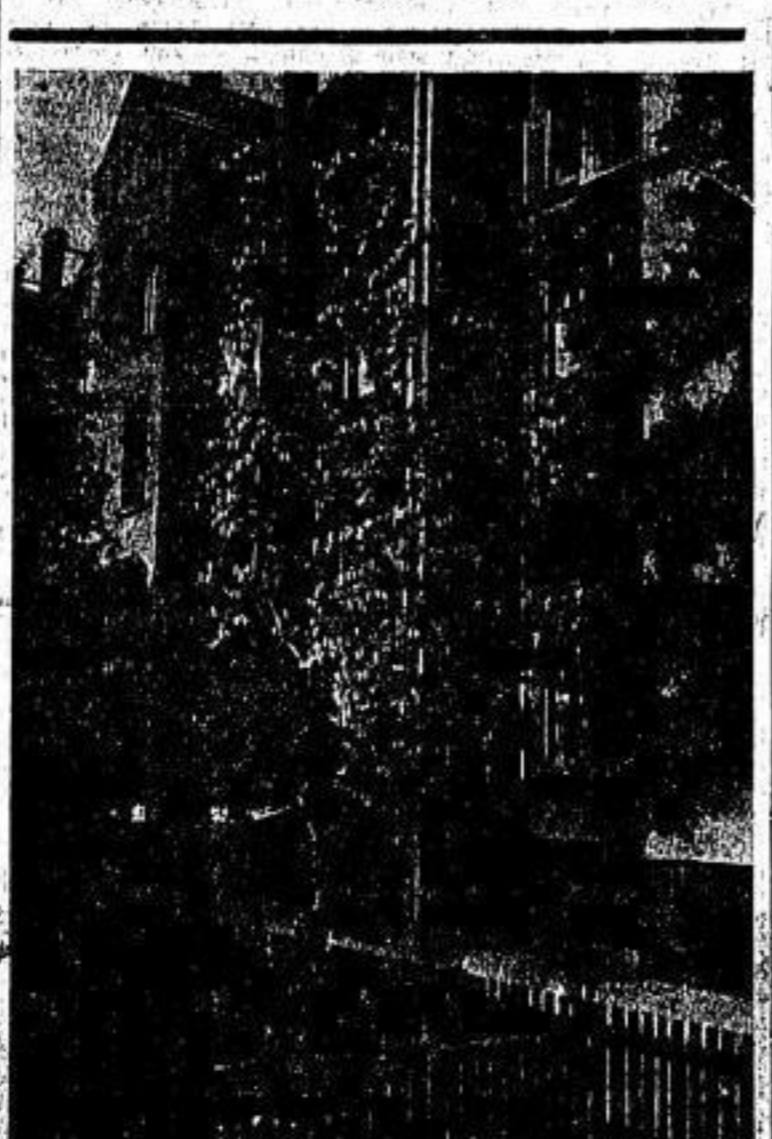
SOKO.

Erste Differenzen in der Milchzentrale Leipzig.

Vom Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: Vor etwa 1 1/2 Jahren ist hier in Leipzig eine Milchzentrale der Dampfmolkerei Mägeln, G. m. b. H., ausgemacht worden.

Seit längerer Zeit schon bemühen wir uns, für diesen Betrieb die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch einen Haustarif durchzuführen.

Die letzte Anfrage unsererseits beantwortet er damit, daß für seinen Betrieb die für den Leipziger Großhandel abgeschlossenen



In den Meyer'schen Häusern in Eutritzsch mit Glycine (Glycine chinensis Sims.) bewachsenes Haus. Die hängenden blaugrauen Blütenrispen der Glycine geben der sonst lahlen Wand dieses Arbeiterwohnhauses einen freundlicheren Charakter.

Tarifverträge sowohl für Angestellte, wie auch für Arbeiter gelten. Damit kann sich die Belegschaft und auch wir uns unter keinen Umständen einverstanden erklären.

Belegschaft faßte einstimmig die nachstehende Entscheidung, die wir hiermit der Verbraucherschaft unterbreiten:

Die Belegschaft der Milchzentrale Leipzig der Dampfmolkerei Mägeln nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß bis heute eine befriedigende Antwort auf die Forderung, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Haustarif sach- und zeitgemäß zu regeln, nicht eingegangen ist.

Die am 21. Mai d. J. gemachte Zusage, den Tarifvertrag für den Großhandel anzuerkennen zu wollen, wird abgelehnt, da dieser Tarifvertrag in keiner Weise die Besonderheiten des Arbeitsverhältnisses bei der Milchzentrale berücksichtigt.

Wenn Herr Direktor Hamelster glaubt, mit den Interessen seiner Arbeiter spielen zu können, so befindet er sich im Irrtum. Die Belegschaft wird mit Hilfe ihrer Organisation ihm unter allen Umständen beizubringen wissen, daß eine einseitige Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen heute nicht mehr üblich ist.

Der Bankschiedspruch allgemeinverbindlich.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, hat der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung durch Verfügung vom 21. Mai den Reichstarif in seiner Fassung vom 14. März 1927 für das gesamte deutsche Bankgewerbe für allgemeinverbindlich erklärt.

Die Braunkohlenunternehmer sabotieren den Schiedspruch.

SWD Bei der Durchführung des Arbeitszeit-Schiedspruches für die Braunkohlenindustrie zeigt sich, daß die Unternehmer systematisch versuchen, sich von der Bezahlung der Überarbeit nach den Bestimmungen des Schiedspruches zu drücken.

Im Braunkohlenbergbau ist das Prinzip des Zweifelschichtensystems durchbrochen. Nie wäre dieser Erfolg zu verzeichnen gewesen, stünde nicht hinter den Braunkohlenarbeitern eine starke Organisation.

Sanjungentreffen der Zimmerer. Sonnabend, den 25. und Sonntag, den 26. Mai, findet in Leipzig ein Jungentreffen der Lehrlinge im Zimmerergewerbe von Westfalen und dem Regierungsbezirk Westfalen statt.

Für Sonnabend, den 28. Mai wird noch eine Anzahl Quartiere gebraucht. Diejenigen Leser, die geneigt sind, einen oder zwei von den Jungzimmerern für eine Nacht kostenlos in Quartier zu nehmen, werden gebeten, dies dem Verbandsbureau der Zimmerer, Seitzer Straße Nr. 32, Zimmer 89, möglichst sofort zu melden.

Wolgizimov für Kinder Quark

„Dann los, wenn Sie glauben, daß jener Weg besser ist“, sagte Dobbs.

Der ganze Weg war Del und nichts als Del. Links auf den Höhen standen die Lants wie Soldaten aufmarschiert. Rechts war der Fluß. Bald hörten die Schiffe auf, und das Flußufer wurde steil.

Es kamen dann Anhöhen, die freundlicher ausahen. Dort waren die hölzernen Wohnhäuser der Ingenieure und der Bureaubeamten.

Die alte Cuauhtemoc ist die eigentliche alte Stadt, eine uralte Indianerstadt, die schon hier war, ehe die Spanier kamen. Sie liegt gesünder als die neue Stadt, und sie liegt am Ufer eines großen Sees, der Fische, Enten und Gänse in unübersehbarer Menge spendet.

häuserlich, die neue Stadt wird immer mehr und mehr Weltstadt, die ihren Namen in die fernsten Winkel der Erde sendet.

Raum hatten die beiden Wanderer, die nun sehr eilig waren, um voranzukommen, am Ende der Stadt, gegenüber der Lagune, den Höhenweg erreicht, als sie einen Indianer am Wege hocken sahen.

Barber wandte sich um und sagte: „Es scheint so, jetzt bleibt er stehen und tut, als ob er etwas da im Busch sucht.“

Sie gingen weiter, aber als sie sich umdrehten, sahen sie, daß der Indianer ihnen folgte. Er schien sogar trübseliger zu gehen, um näher heranzukommen.

Barber fragte: „Hatte der Bursche einen Revolver?“

„Ich habe keinen gesehen“, meinte Dobbs. „Ich auch nicht. Ich fragte Sie nur, um zu erfahren, ob Sie vielleicht etwas gesehen haben. Scheint also kein Bandit zu sein.“

„So sicher ist das nicht“, sagte Dobbs nach einer Weile, nachdem er sich wieder umgedreht hatte und den Indianer folgen sah. „Er kann ja ein Spion der Banditen sein, der uns im Auge zu behalten hat. Wenn wir dann Lager machen, überfällt er uns, oder seine Spießgesellen kommen.“

„Unangenehm“, erwiderte Barber. „Am besten wäre es, wenn wir umkehrten. Man weiß nie, was diese Burschen im Sinne haben.“

„Was will man uns denn nehmen?“ Dobbs suchte nach Sicherheiten. „Nehmen?“ wiederholte Barber. „Aber wir tragen doch kein Geld an uns, daß wir nur jeder etwa einen Peso haben. Und wenn wir ein solches Schild wägen, würden sie es nicht glauben, sondern uns erst recht überfallen, weil sie denken, wir haben eine Menge Geld. Zwei Pesos sind für diese Leute überhaupt eine Masse Geld. Wir haben ja auch Schuhe, Hosen und jeder ein Hemd und einen Hut. Das alles sind Wertgegenstände.“

(Fortsetzung folgt.)

Kind und Kindeskind.

In Verbindung mit der hier schon besprochenen Berliner Ausstellung Erblinde und Eugenie...

Unter Vererbung versteht man die gleichmäßige Weitertragung körperlicher und geistiger Eigenschaften...

Die Ergebnisse, die Mendel gefunden hat, lassen sich in drei Regeln zusammenfassen...

Die Kinder haben weder ganz genau das Aussehen der Mutter noch das des Vaters...

Zuletzt kann es noch vorkommen, daß die Kinder ein ganz anderes Aussehen haben...

Die zweite Regel betrifft die Vererbung der nach der ersten Regel entfallenden Kinder...

Die dritte Regel ist die Vererbung der nach der zweiten Regel entfallenden Kinder...

Die obenerwähnten zwei Regeln haben auch ihre innere Begründung...

Bisher wurde nur von der Vererbung einer Eigenschaft gesprochen...

Durch die besprochene übertragene Vererbung großer Eigenschaften...

Dah man auch die Vererbung der Geschlechter mit Hilfe dieser Regeln erklären kann...

Diese Veranlagungen vererben sich nicht selbständig, sondern sind an das eine oder das andere Geschlecht gebunden...

den Erbfaktor weib einmal, bei der Frau ist das gerade umgekehrt...

Kleine Chronik.

Zur Oper 'Holofernes' von Rejzicek (Freitag, den 27. Mai, fürs W.B.). Der Komponist Emil Nikolaus v. Rejzicek...

Violinenabend von Karl Münch. Ein gewichtiges Programm gab klingendes Zeugnis von der technischen und geistigen Virtuosität...

Konzert im Konzerthaus. Eine merkwürdige Laune des Kataloriums und Senats, zwei Konzerte zugunsten des Stipendienfonds...

Wilhelm Furtwängler wird im kommenden Winter neben seiner Tätigkeit am Leipziger Gewandhaus auch noch die Konzerte der Wiener Philharmoniker zum größeren Teile leiten...

An Stelle von Rudolf Klg, dem, wie die Städtische Theaterintendantz mittelst...

Das Ausland zur Magdeburger Theaterausstellung. Der Sonderberichterstatter der Pariser Theaterzeitung Comedia...

Die Blätter der Kunstgewerbe-Museums wird am 8. Juni im Neubau des Grassimuseums am Johannisplatz...

entstanden waren, auszufüllen, die wichtigsten Zeitschriften zu ergängen...

Frau Inländer und Frau Ausländer.

Frau Ausländer nicht, sie wirkt immer. 'Freilich, freilich,' wiederholte sie. Und ihr Kopf hob und senkte sich...

Frau Ausländer lächelte, zeigte die weißen Zähne in dem ausladend braunen Gesicht...

Einem Augenblick hörten die kleinen Augen zu strahlen auf, taten es aber gleich darauf wieder...

Frau Ausländer Lippen formten das gewohnte Wort, sie sprach es nicht aus...

Einmal und endlich widerholte, das gleiche Wort, dermaßen selbstverständlich...

Es soll nur niemand glauben, daß Amerika nicht Gottes allerliebste Land ist...

In der dunklen Stube griff eine kleine Hand nach ihrem Rock...

Sie schob die Hand zurück, stieß das Kind von sich. 'Was willst du? Mein Blut? Da, trinke es. Mein Fleisch? Da, is es. Niemand war dabei...

'Freilich,' erklärte Frau Inländer ihrer aus der Schule heimkehrenden zwölfjährigen Tochter...

Frei von Hege und nationalstolzem Anflug ist trotz des ominösen Titels Potsdam...

Der Meisterregisseur Dupont hat schon bessere Filme gemacht als die Sentimentalität Diele und die Welt usw...

Ein Vorbild und Mädchenhandwerk: Die Frauengasse von Algier...

Auf 'Teufel komm raus' reißt Tom Mix in dem Wildwetter Der Kampf im Pulverturm...

Der Definitivität wieder zugänglich gemacht und der provisorische Lesesaal bis auf weiteres wertiglich von 9-14 Uhr geöffnet werden...